Ausgabe 1/2020

JULIMAGAZIN

„Bildung, bis dass der Tod uns scheidet“

Beste Bildung?
Das regelt (nur) der Markt!

Von Mauern, Windmühlen und den Fachkräften, die sie bauen
Ideen für die Ausbildung der Zukunft

Abitur 2030
Schreibe deinen Namen und male einen Apfel

stockadobe.com © Ilja Bartussek

liberaler mittelstand
Nordrhein-Westfalen

MITTELSTAND GESTALTEN

Werde aktiv und Mitglied im Liberalen Mittelstand Nordrhein-Westfalen. Gestalte gemeinsam mit Unternehmern aus verschiedensten Branchen den deutschen Mittelstand.

Der Liberale Mittelstand ist Plattform, Netzwerk und politisches Sprachrohr für liberal gesinnte Mittelständler. Wir sind die Interessensvertretung und kompetenter Ansprechpartner von kleinen und mittelständischen Unternehmern, Freiberuflern, Selbstständigen sowie deren Mitarbeitern als selbstbestimmte Marktteilnehmer im Geiste der Aufklärung und des Liberalismus.

Unser zentrales Leitbild ist dabei Freiheit als Selbstbestimmung und Übernahme von Verantwortung für sich selbst wie auch für Unternehmen und Mitarbeiter sowie die Gesellschaft insgesamt. Die Zusammengehörigkeit von Verantwortung und Haftung ist für uns selbstverständlich.

FÜR SCHÜLER, STUDENTEN UND AZUBIS 42,00 EURO PRO JAHR.

Liberaler Mittelstand Nordrhein-Westfalen e.V.
Landesgeschäftsstelle
Ehrenfeldstraße 14, 44789 Bochum
Tel.: 0211. 49 70 940
Fax: 0211. 88 25 31 237
E-Mail: geschaeftsstelle@liberaler-mittelstand.nrw
Website: www.liberaler-mittelstand.nrw

Anne Wickborn

Chefredakteurin

Liebe JuLis,

Kopfrechnen, Diskussionen, Gedichtanalysen oder kritisches Denken? Die Ausdauer, auch eine Doppelstunde Kurvendiskussion klaglos zu ertragen, oder genug Willensstärke, um gegen die Mehrheit im SoWi-Kurs eine Erhöhung des Mindestlohns abzulehnen – was habt ihr aus eurer Schulzeit mitgenommen? Und was hättet ihr gerne gelernt?

Es gibt wohl kaum ein Themenfeld, in dem der Grundgedanke der Chancengerechtigkeit so zentral und greifbar ist wie in der Bildungspolitik. Unser Versprechen, ein Vorankommen durch eigene Leistung unabhängig von sozialem Status, Elternhaus oder finanziellen Mitteln möglich zu machen, verlässt sich im Kern auf eine leistungsstarke Bildungspolitik. Statistiken zeigen jedoch immer wieder, dass wir dieses Ideal noch nicht erreicht haben. Was also muss getan werden, um Talent, Potenzial und Leistungsbereitschaft unabhängig vom Status der Eltern zu fördern? Was müssen unsere Kinder in Zukunft lernen, damit Deutschlands Forschung und Wirtschaft goldene Zwanziger erleben? Wie können wir die Bildung der Zukunft gestalten?

Unter dem Motto „Bildung, bis dass der Tod uns scheidet“ haben wir uns mit diesen Fragen auseinandergesetzt und dabei natürlich nicht nur die Schule im Blick gehabt. Elias entwirft Möglichkeiten für eine modernisierte, flexibilisierte Berufsausbildung, während Nathalie über Voraussetzungen für die weltbeste Forschung schreibt. Im bekannten Pro vs. Contra nimmt unser Chefredakteur a. D. Tim Schütz es dieses Mal mit gleich zwei Gegnern auf – Daniel Schirm und Dominik Fisch aus dem LAK Bildung argumentieren beide für ein Ersetzen der Schul- durch eine Bildungspflicht. Auch Lina hat sich mit Alternativen zum Schulunterricht in seiner jetzigen Form auseinandergesetzt – im Interview mit Felix Ohswald, Gründer einer Online-Nachhilfeplattform. Marc Bauer reißt unser Lieblingsthema Privatisierung an und zeigt, wie mehr Wettbewerb unserer Bildung zugutekommen würde, während Isabel Lutfullin sich mit den philosophischen Grundlagen und Aufgaben von Bildung beschäftigt.

Weil außerdem die Kommunalwahlen nicht mehr weit sind, habe ich zwei unserer Kandidaten besucht und mit ihnen über Kommunalpolitik, Heimat und ihre Kandidatur gesprochen – die Porträts von Felix und Daniel findet ihr ebenfalls im Heft. Ihr habt in der Schule nicht vernünftig aufgepasst und könnt mit komplexen Themen nicht viel anfangen, interessiert euch trotzdem für das Thema? Ist kein Problem! Freut euch einfach auf unseren Podcast!

Ich wünsche euch viel Spaß bei der Lektüre!

Eure Anne

THEMEN

IN HALT

1. Auch durchs Fenster kommt man ins Haus
2. Von Mauern, Windmühlen und den Fachkräften, die sie bauen
3. Abitur 2030 – Schreibe deinen Namen und male einen Apfel
4. Let’s talk about facts, Baby!
5. Beste Bildung im Wettbewerb – Lehrerverbeamtung überprüfen
6. Bildung ist zu wichtig, um sie dem (Bundes-)Staat zu überlassen
7. Pro vs. Contra – Pflicht zur Bildung oder Pflicht zum Schulbesuch?
8. Beste Bildung? Das regelt (nur) der Markt!
9. Schule der Zukunft – oder Zukunft der Schule? Wie Digitalisierung unsere Schulen verändert
10. Was kann ich wissen? Was soll ich tun? Was darf ich hoffen? Und wie hilft mir die Schule dabei?
11. Warum ich bleibe – Daniel Böhler und seine Motivation, für die Heimat Politik zu machen
12. Eine Alternative zum Abitur?
13. Von Lehrermangel, Digitalisierung und Zukunftsvisionen – Ein Gespräch mit Felix Ohswald
14. Leistung unerwünscht?
15. Endlich eine Brücke – Felix Keune und seine Vision für die Kommunalwahl

IMPRESSUM

CHEFREDAKTION/ V.I.S.D.P.
Chefredaktion Anne Wickborn (anne.wickborn@julis.de)

REDAKTION
Isabel Krämer (Ressortleitung Interview), Marc Bauer, Dominik Fisch, Nathalie Heider-Hönatsch, Alexander Koch, Anna Konietzko, Isabel Lutfullin, Nils Mehrer, Franziska Müller-Rech, Fabian Schefczik, Daniel Schirm, Tim Schütz, Elias Sentob und Lina Wolters

HERAUSGEBER UND VERLAG
Junge Liberale Landesverband NRW e.V.
Sternstraße 44
40479 Düsseldorf
Telefon (0211) 4925185
julimagazin@julis-nrw.de

FOTOS
photocase.com/Adobe Stock

GESTALTUNG
BTW MARKETING Werbeagentur, Werne

DRUCK
frames GmbH, Essen

Das JULIMAGAZIN ist die Zeitschrift des Landesverbandes NRW der Jungen Liberalen. Es erscheint fünfmal jährlich. Für Mitglieder der Jungen Liberalen ist der Bezugspreis mit dem Mitgliedsbeitrag abgegolten. Die im JULIMAGAZIN abgedruckten Beiträge und Artikel geben alleine die Meinung des jeweiligen Verfassers und nicht unbedingt die der Redaktion oder der Herausgeber wieder.

1 Auch durchs Fenster kommt man ins Haus

Isabel Kraemer ist Kreisvorsitzende der JuLis Warendorf und studiert Medizin in Düsseldorf. Im Magazin übernimmt sie seit Neustem unsere Kolumne. Ihr erreicht sie unter: isabel.kraemer@julis.de

Neben all den anderen innenpolitischen Themen, die unser Land beschäftigen, taucht besonders eines seit vielen Jahren immer wieder auf, spätestens wenn es um Wirtschaft geht, und bleibt doch ungelöst: der Fachkräftemangel. Sei es in der Medizin, der Pflege, im Handwerk oder eben in der Bildung. Und so vielseitig die Unterschiede zwischen den jeweiligen Branchen sind, so sind es auch die Lösungsansätze, um leere Stellen zu besetzen. Was die Landarztquote in der Medizin oder der Fachkräftezuzug im Handwerk ist, sind die Quereinsteiger im Bildungswesen.

Doch Letzteres wird nicht von allen gern gesehen. So sieht der Präsident des Deutschen Lehrerverbandes, Heinz-Peter Meidinger, in dem Unternehmen, Fachkräfte aus anderen Bereichen für den Lehrerberuf zu gewinnen, ein „Verbrechen an den Kindern“ und wirft den Bundesländern gemeinhin „völliges Versagen“ vor. Und er ist mit dieser Ansicht nicht allein. An vielen deutschen Schulen begegnet den Quereinsteigern, wenn sie das Schulgebäude betreten, vor allem eins: starke Ablehnung. Den angehenden Lehrern wird dabei mangelnde Eignung durch fehlende Didaktik- und/oder Pädagogikkenntnisse vorgeworfen, statt Überlegungen zu treffen, wie man die Quereinsteiger bestmöglich in diesen Fächern unterrichten und sie damit auf die vor ihnen liegenden Herausforderungen vorbereiten kann.

Sollten sie es trotz allen Hindernissen in die Schulen geschafft haben, so werden sie dennoch oft als „Lehrer zweiter Klasse“ angesehen. Dabei wird außer Acht gelassen, dass in den meisten Bundesländern strikte Anforderungen an die Quereinsteiger vorhanden sind. Ein Paradebeispiel ist hier NRW, wo Menschen ohne Lehramtsstudium, aber mit anderem Studienabschluss nach dem Studium entweder zwei Jahre gearbeitet, eine einjährige pädagogische Ausbildung oder bei vorherigem Studium an der Fachhochschule zusätzlich dual einen „Master of Education“ über sechs Semester und nachfolgend 18 Monate Referendariat absolviert haben müssen.

Dass jedoch ein einwöchiger Pädagogik-Crashkurs, wie an Berliner Schulen üblich, als Weiterbildung für die Quereinsteiger nicht ausreicht, darüber herrscht vermutlich mehr Konsens. Hier gibt es also tatsächlichen Aufholbedarf. Statt aber beim kleinsten Anzeichen von Veränderungen den Kopf in den Sand zu stecken, wie es der Deutsche Lehrerverband tut, sind hier kreative und zielorientierte Lösungen gefragt. Wir brauchen flexible Weiterbildungskurse in Didaktik und Pädagogik, die sowohl vor der ersten eigenen Unterrichtsstunde als auch berufsbegleitend im Referendariat die angehenden Lehrer unterstützen und fördern, damit diese sich fachlich wie psychisch auf die vor ihnen stehenden Aufgaben vorbereiten können. So entstehen neue Chancen für Schüler und Lehrer und der Fachkräftemangel wird nebenbei gelöst.

Weltbeste Bildung heißt auch lebenslange Bildung. Und so sehr sich beide gegenseitig bedingen, so wenig können wir weder das eine noch das andere erreichen, wenn wir weiterhin so vielen Menschen in ihrem beruflichen Werdegang bewusst Steine in den Weg legen. Nicht zuletzt brauchen wir neben klaren Rahmenbedingungen und Raum für berufliche Richtungswechsel an den Schulen auch eins: mehr Offenheit für Quereinsteiger. Denn jeder hat einmal neu angefangen.

2018 waren 13,3 % der Neueinstellungen im öffentlichen Schuldienst Quereinsteiger (4798 von insgesamt 36.084)

Laut Schätzungen des Deutschen Lehrerverbands waren zu Beginn des Schuljahres 2019/2020 ca. 15.000 Lehrerstellen unbesetzt

Bis zum Jahr 2025 werden Aussagen der Bertelsmann-Stiftung zufolge alleine an den deutschen Grundschulen mindestens 26.300 Lehrer fehlen

Fakteneinstieg

Bildnachweis: stock.adobe.com

Von Mauern, Windmühlen und den Fachkräften, die sie bauen

Stell dir vor, es ist 2020 und keiner geht hin. Dass ein Jahreswechsel zwischen Gefahren wie dem Coronavirus oder dem Weltuntergang mal bei dem einen oder der anderen untern Tisch fällt – geschenkt. Wenn aber große Akteure in der Arbeitspolitik nicht realisieren, dass die Jahrtausendwende schon zwanzig Jahre zurückliegt, ist das ein Problem. Wir müssen jetzt handeln und dürfen dabei einen breiten Teil der Gesellschaft nicht vergessen. Nämlich junge Menschen, die nach der Schule eine berufliche Ausbildung antreten und zu den so verzweifelt gesuchten Fachkräften werden. Damit diese erfolgreich sind, müssen wir die Arbeit dieser Menschen ihrem Wert und Potenzial entsprechend respektieren und fördern.

Elias Sentob (18) leitet den Landesarbeitskreis „Gelungene Integration“ der JuLis NRW, studiert Wirtschaftschemie in Düsseldorf und ist Bezirksprogrammatiker von Niederrhein. Erreichen könnt ihr ihn unter: **elias.sentob@julis-nrw.de**

Modularisierung vorantreiben

Die berufliche Ausbildung muss flexibler werden. In vielen Branchen wird bereits heute vorgelebt, wie es richtig geht: Statt einer starren zwei- bis dreijährigen Ausbildung werden in verschiedenen Schritten komplexe Module erlernt, die diverse Kompetenzen in einem bestimmten Bereich unterstreichen. In Zeiten der Digitalisierung und branchenübergreifender Zusammenarbeit werden diese vielfältigen und fächerübergreifenden Qualifikationen in Zukunft gefragt sein. Außerdem bilden sie einen unmittelbaren Vorteil für den Auszubildenden: Insbesondere am Beispiel Zugewanderter lässt sich das veranschaulichen. Wenn unklar ist, ob der Aufenthalt eines Bewerbers für eine zweijährige Ausbildung ausreichend ist, werden ihm die wenigsten Arbeitgeber ein Angebot machen – und das, obwohl Arbeit eine der wirksamsten Integrationsmöglichkeiten ist. Gäbe es hingegen die Option, einzelne Module, ähnlich wie an einer Universität, zu belegen, wäre der Bewerber schnell in der Lage, bestimmte Tätigkeiten zertifiziert auszuüben, ohne dafür eine Ausbildung bis zum Ende absolviert haben zu müssen. Noch mehr davon profitieren könnten Fachkräfte aus dem Ausland, die schon einige dieser Teilqualifikationen im Heimatland erlernt haben und sich diese so anrechnen lassen können. Auch für deutsche Schulabsolventen birgt dieses System der Ausbildung Vorteile. Je nach Interessensschwerpunkten, individuellen Talenten und Potenzialen können einzelne Module in kürzerer oder längerer Zeit absolviert werden. Wer während der Schule erfolgreich Robotikwettbewerbe absolviert hat, muss für die Grundlagen des Programmierens sicher nicht die gleiche Zeit investieren wie jemand, der stattdessen am alten Auto in der Garage geschweißt hat, sondern kann sich länger und intensiver mit der noch völlig unbekannten Werkstofftechnik beschäftigen. Durch eine Modularisierung der Ausbildung wird den Auszubildenden eine Flexibilität gewährt, die es ermöglicht, Schwerpunkte zu setzen, um individuelle Potenziale optimal zu nutzen.

Feste Standards setzen

Die Qualität der Ausbildung darf darunter insgesamt natürlich nicht leiden. Das fachliche Niveau eines Absolventen darf im Vergleich zum konservativen System natürlich nicht geringer liegen – für die abgeschlossene Ausbildung muss es daher Mindeststandards und Modulvorgaben geben, die sich an den jetzigen Anforderungen orientieren. Der Vorteil besteht schlicht und ergreifend in kontinuierlich erwerbbaren Teilqualifikationen. Vor denen haben große Arbeitgeber- und Handwerksverbände jedoch immer noch Angst. Von „Fantasie-Zertifikaten“ schreibt das Handelsblatt in Bezug auf die Sorgen der Ausbilder. Diese gehen davon aus, dass durch scheinbare Weiterbildungsmöglichkeiten nur wenige auf dem Arbeitsmarkt anerkannt werden und so eine neue Niedriglohngruppe entsteht. Deshalb müssen Politik und Wirtschaft mit klaren Standards im Bereich der modularisierten Berufsausbildung diese Sorgen zwar ernst nehmen, aber grade deswegen die Voraussetzungen für eine optimale Chancennutzung schaffen.

Windmühlen bauen

„Wenn der Wind des Wandels weht, bauen die einen Schutzmauern, die anderen bauen Windmühlen“, so oder so ähnlich heißt es in einem chinesischen Sprichwort, dessen Ursprung auf eine Zeit lange vor der Industrialisierung, dem Internet oder sogar der „Arbeit 4.0“ zurückgeht. Aber schaut man auf die Geschichte, konnten sich die Charaktere, die Neues verhindern und blockieren wollten, nie endgültig durchsetzen. Mit der Einführung der dualen Ausbildung haben schon kluge Köpfe vor uns Windmühlen gebaut; wie man in Bayern und Baden-Württemberg sieht, werden schon heute Absolventen mit Bestnoten geehrt, die eine modulare Berufsausbildung hinter sich gebracht haben. Den Wind des Wandels interessieren die Schutzmauern der noch skeptischen Arbeitgeberverbände also wenig. Feste Standards für Teilqualifikationen erreichen die damit nämlich auch nicht. Vielleicht ist jetzt ja der richtige Zeitpunkt, um sich das mit den Windmühlen noch einmal zu überlegen.

3

Abitur 2030

Schreibe deinen Namen und male einen Apfel

Wer mag schon gerne die Inflation? Alles wird teurer, obwohl sich der Wert nicht erhöht. Warum schreitet aber niemand ein gegen die fortschreitende Bildungsinflation? Der Wert der Schulabschlüsse sinkt seit Jahren, doch statt auf bessere Bildung zu setzen, freut sich die Regierung lieber über steigende Studierendenzahlen. Hier mal ein kleiner Überblick, woran das System krankt und was sich ändern muss:

Beginnen möchte ich mit einem Beispiel. Im Jahr 2019 haben sich in der Stadt Bochum ganze 47 Schülerinnen und Schüler an einer Hauptschule angemeldet. Das sind weniger als 2 % der Grundschulabsolventen! Für eine Schule, an welcher das Abitur erlangt werden kann, meldeten sich hingegen über drei Viertel an. Das klingt für mich nun wahrlich nicht mehr nach einem dreigleisigen Schulmodell. Scheinbar sind auf einmal viele Kinder sehr intelligent geworden.

Dieser Effekt ist indes nicht auf Bochum begrenzt, im gesamten Land verwaisen Hauptschulen und platzen Gymnasien und Gesamtschulen aus allen Nähten. Wir befinden uns also mehr und mehr auf dem Weg zur Einheitsschule, auch wenn wir diese als Liberale eigentlich grundlegend ablehnen. Doch selbst wenn man hinter der kollektivistischen Gemeinschaftsschule als Konzept stehen mag, sehen wir uns doch einmal die Auswirkungen der aktuellen Lage an:

Weniger Leere in der Lehre

Warum gehen immer weniger Kinder auf die Hauptschule? Weil die Berufsaussichten mit Hauptschulabschluss überschaubar bis infinitesimal klein sind. In einer (mittlerweile schon mehrere Jahre alten) Dokumentation über eine Wattenscheider Hauptschule wurde sehr schön die Wirklichkeit für Hauptschüler dargestellt: In der Abschlussklasse lernt man das Ausfüllen des Hartz-IV-Antrags, von 15 Absolventen konnte gerade mal ein einziger einen Ausbildungsplatz ergattern. Ein Zustand, den wir als Liberale nicht akzeptieren können, stehen wir doch für die Ermöglichung von Chancen für jeden, der sie ergreifen will. Das Potenzial dieser jungen Menschen muss ebenfalls genutzt werden!

Warum bekommen so wenige Hauptschüler überhaupt noch einen Ausbildungsplatz? Hier gibt es zwei Faktoren, die auf der gleichen

Bildnachweis: stock.adobe.com

Ursache beruhen. Durch ein sinkendes Schulniveau sinkt auch die Qualität des Hauptschulabschlusses. Die einstellenden Betriebe beschweren sich bereits seit Jahren über die sinkende Qualität der Bewerber. Dadurch müssen sie immer häufiger ihre Standards anheben und mittlerweile gibt es eine nicht gerade geringe Zahl von Ausbildungen, für die ein Abitur erforderlich ist, was wiederum die Auswahl für Haupt- und Realschüler einschränkt. Nach einer echten Wahlvielfalt klingt das für mich nicht wirklich.

Studierfähigkeit ist ein seltenes Gut

Durch die massiv gestiegene Anzahl von Abiturienten ist neben dem Abitur als Zugangsvoraussetzung zu bestimmten Ausbildungen auch die Zahl der Studierenden stark angestiegen. Eine Abhilfe für den Fachkräftemangel in Deutschland stellt dies jedoch nicht dar, da es uns in vielen Bereichen nicht an Akademikern, sondern an Facharbeitern fehlt. Was haben wir also davon, dass immer mehr junge Leute an die Hochschulen unseres Landes strömen?

Als wissenschaftlicher Mitarbeiter kann ich diese Frage natürlich nicht objektiv beantworten, denn genau der akademische Mittelbau ist es, welcher unter diesem Ansturm leidet. Neben einem gestiegenen Betreuungsaufwand für die Studentenmassen sind es jedoch auch die massiven Wissens- und Kompetenzlücken, die den Dozierenden Zeit und Nerven rauben. Muss im ersten Semester erst einmal alles wiederholt werden, was in der Schule eigentlich hätte gelehrt werden sollen, bleibt viel weniger Zeit für die Vermittlung der wichtigen Inhalte. Ob das für die Zukunftsfähigkeit des Bildungsstandorts Deutschland von Vorteil ist, sei mal dahingestellt. Dass das Abitur eine allgemeine Studierfähigkeit unterstellt, ist jedoch mittlerweile recht weit entfernt von der Realität an deutschen Hochschulen.

Und jetzt? Schreiend im Kreis rennen?

Bei all dem, was schiefläuft und wissentlich oder zumindest gekonnt ignoriert wird, ist die Lösung zum Glück naheliegend, wenn auch nicht ohne Widerstände umzusetzen. Zuallererst müssen wir als Liberale uns klar entscheiden, ob wir hinter dem bisherigen, dreigleisigen Schulmodell stehen. Bisher tun wir dies oftmals nur zu kleinlaut. Sollten wir uns dazu bekennen (was ich nur hoffen kann), so muss eine grundlegende Reform an das Bildungsniveau gelegt werden. Auch wenn der Blick gen Süden Richtung CSU nicht unbedingt der angenehmste ist, so können wir uns zumindest vom bayrischen Schulsystem einen Kernpunkt abgucken: Schulabschlüsse müssen schwierig sein! Nicht damit Jugendliche daran scheitern, sondern im Gegenteil, damit sie daran wachsen – ein weiterer Kernpunkt der Liberalen. Die Zukunft des nordrhein-westfälischen Schulsystems kann nur einhergehen mit einer drastischen Erhöhung der Bildungsstandards ab der fünften Klasse.

Dazu gehören auch die schmerzhaften Aspekte: Nicht jedes Kind kann ein Abitur machen und es sollte auch nicht jedes Kind eins machen. Um hier frühzeitig Frust zu ersparen, muss auch der pädagogischen Empfehlung der Grundschullehrer in der vierten Klasse wieder deutlich mehr Gewicht eingeräumt werden. Denn seien wir ehrlich, wer kann die Leistungsfähigkeit und -bereitschaft eines Kindes objektiv besser einschätzen? Ausgebildete Pädagogen, die das Kind seit vier Jahren begleiten, oder die Eltern, die maximal die Hausaufgabenbetreuung übernehmen. Diese Einsicht wird insbesondere bei Eltern für viele Kopfschmerzen sorgen, doch lieber sehe ich hier Widerstände bei den Eltern als Kinder, die zu Unrecht auf eine Schulform gehen, die nicht zu ihnen passt, und sich dort für bis zu neun Jahre quälen müssen.

Vorteile brächte dies zudem auch für leistungsstarke Schülerinnen und Schüler, die heute oftmals unter „ferner liefen“ laufen und nicht passend gefördert werden (können). Natürlich müssen diese Kinder nicht gefördert werden, um überhaupt die Schule zu schaffen, aber sollten wir nicht auch hier Zeit und Geld investieren, um die zukünftige Speerspitze der deutschen Forschung und Wirtschaft entsprechend ihren Möglichkeiten auszubilden? Es liegt viel zu viel ungehobenes Potenzial in diesen jungen Leuten, welches bisher zu oft dem Zufall oder dem Geldbeutel der Eltern ausgesetzt ist.

Die Politik hat die Karten in der Hand

Für mich bleibt zu hoffen, dass bei den Bildungspolitikern unseres Landes bald mal der Groschen bzw. der Cent fällt, damit der Bildungsinflation entgegengewirkt werden kann. Wir JuLis sind dank unseres Leitantrags im Herbst schon auf einem guten Weg, haben wir doch die Anhebung des Schulniveaus beschlossen. Doch nun müssen wir diesen Beschluss auch offensiv nach außen sowie in die Mutterpartei tragen. Denn dieses Projekt lässt sich nur durch Erklärung und Verständnis umsetzen, aufoktroyieren kann man es den künftigen Generationen nicht. Streiten und kämpfen wir gemeinsam für eine bessere Bildung und vor allem eine wertigere Bildung, damit nicht in ein paar Jahrzehnten das Abitur gleichzeitig mit der Geburtsurkunde ausgehändigt wird. Unsere Jugend kann so viel mehr, sie muss nur gefordert und gefördert werden.

Fabian Schefczik (26) promoviert in Physik an der Ruhr-Universität Bochum und ist stv. Bezirksvorsitzender im Ruhrgebiet.

Ihr erreicht ihn unter: **fabian.schefczik@julis.de**

LET'S TALK ABOUT FACTS BABY!

4

Bildnachweis: stock.adobe.com

6 %
der Schüler verlassen die Schule ohne jeden Abschluss
Stand 2012

OECD Durchschnitt der 25–64-Jährigen, die einen höheren Bildungsabschluss als ihre Eltern haben: **38 %**

Anteil der 25–64-Jährigen hierzulande, die einen höheren Bildungsabschluss als ihre Eltern haben: **24 %**

Anteil der 25–34-Jährigen hierzulande, die einen höheren Bildungsabschluss als ihre Eltern haben: **19 %**

2009 verbrauchten die Schulen in Wuppertal jeweils rund 11,5 Millionen Blatt Papier

Akademikerquote in Deutschland: **28 %**

Akademikerquote OECD Durchschnitt: **33 %**

Durchschnittliche Anzahl von Schülerinnen und Schülern je Klasse – 2004 vs. 2019

- Grundschulen: 22 –20,7
- Realschulen: 26,8 –25,8
- Gesamtschulen: 26,2 – 25

Ob ein Lehrer verbeamtet ist oder nicht, kann beim Nettogehalt bis zu

800 €

Unterschied machen

Beste Bildung im Wettbewerb

Lehrerverbeamtung überprüfen

5

Zu spät, unvorbereitet oder häufig krank? Das trifft nicht nur auf manche Schüler, sondern auch manche Lehrer zu. Sicher ist es falsch, hier zu pauschalisieren, doch nutzen manche Lehrerinnen und Lehrer ihre Verbeamtung aus und schwächen so unser Bildungssystem. Wer weltbeste Bildung will, der sollte auch bei den Lehrern auf mehr Wettbewerb setzen und daher das System der Verbeamtung überdenken.

Der vielleicht größte Vorteil des verbeamteten Lehrers: Er ist unkündbar. Wer also einen „sicheren Job“ sucht, der ist hier nicht falsch. Zwar muss ein verbeamteter Lehrer Einschnitte in seine Grundrechte hinnehmen und kann beispielsweise nicht streiken, doch überwiegen die Vorteile hier eindeutig. Das ist aber bereits das erste Problem. Wenn sich ein Lehrer nicht fortbildet oder den Unterricht nicht ausreichend vorbereitet, so gibt es kaum Möglichkeiten der Sanktionierung. Anders als bei einem angestellten Lehrer sind die Hürden der Entlassung wesentlich höher. Begeht ein verbeamteter Lehrer keine schwerwiegende Straftat beziehungsweise ein gravierendes Dienstvergehen, so kann er quasi nicht entlassen werden. Doch eigentlich müssten schon mangelnde Kompetenzen, schlechter Unterricht oder unzureichende Ergebnisse ausreichen, um den Lehrer zu sanktionieren.

In einem Arbeitsverhältnis der freien Wirtschaft bestünde diese Problematik nicht. Inkompetente Lehrer könnten abgemahnt und entlassen werden.

Sicher kann man hier argumentieren, dass eben diese Sicherheit den Beruf attraktiv macht. Ist es da in Zeiten des Lehrermangels an vielen Schulen somit nicht ein Risiko, Lehrer nicht mehr zu verbeamten? Nein, denn wer von Herzen Beamter und nicht Lehrer werden möchte, der ist in diesem Beruf ohnehin falsch. Insofern wird der Beamtenstatus allein nicht den Unterschied bei der Berufswahl machen und der Beruf nicht direkt unattraktiv, nur weil keine Verbeamtung daran geknüpft ist.

Nils Mehrer (18) studiert Jura in Bochum. Er ist Bezirksvorsitzender der Jungen Liberalen Ruhrgebiet und Kreisvorsitzender der JuLis Dortmund. Ihr erreicht ihn unter: **nils.mehrer@julis.de**

Ein Anstellungsverhältnis bei Lehrern kann vielmehr auch als Chance begriffen werden. Neben der Möglichkeit der Sanktionierung für schlechte Lehrer besteht die Möglichkeit der Belohnung für besonders gute Lehrer. Zudem könnte man durch Anreize beim Gehalt auch die Stellen an Schulen in Problembezirken attraktiver machen. Muss man einen verbeamteten Lehrer im Zweifel zwingen, weil das Gehalt das gleiche wie an einem Vorzeigegymnasium ist, bewirbt sich ein angestellter Lehrer wegen der besseren Bezahlung freiwillig auf die Stelle an einer Problemschule. Schlussendlich hat der verbeamtete Lehrer, der gezwungen wurde, kaum Motivation und Anreize, sich neue Konzepte auszudenken. Demgegenüber hätte der angestellte Lehrer, der die Stelle selbst antreten wollte, Lust und Anreiz, seinen Unterricht zu verbessern.

Der entstehende Wettbewerb täte dem Bildungswesen gut. Mehr Anreize und Konkurrenz im Lehrerzimmer würden viele Unterrichtsstunden neu beleben und die Qualität letztlich verbessern. Aktuell erhält ein Lehrer, der seit Jahren die gleichen Unterrichtskonzepte nutzt, das Gleiche wie ein motivierter Lehrer, der sich immer neue Methoden aneignet. Außerdem braucht auch ein guter Lehrer Motivation, ein noch besserer zu werden.

Schlussendlich sind Sanktionsmöglichkeiten, Wettbewerb und Autonomie für ein zukunftsfähiges Bildungssystem unabdingbar. In Zukunft braucht es motivierte Lehrkräfte, die Anreize haben, weltbesten Unterricht zu geben, und dafür auch belohnt werden können.

6

Bildung ist zu wichtig, um sie dem (Bundes-) Staat zu überlassen

Der Föderalismus gehört zu den in Artikel 20 festgeschriebenen Grundsäulen unserer Verfassung und damit unserer Republik.

Es ist der Grundsatz, der in der öffentlichen Meinung am wenigsten verstanden und geschätzt wird. Viele Menschen hierzulande sehen Demokratie oder Sozialstaatlichkeit als wichtige Grundsätze, nehmen den Föderalismus jedoch als veraltetes Relikt aus den Zeiten der Väter des Grundgesetzes wahr.

Gerade in der Bildung scheint der Föderalismus den meisten ein Dorn im Auge zu sein – es wäre alles angeblich so einfach, wenn nicht jedes Bundesland sein eigenes Süppchen kochen würde. Selbst die FDP ist unlängst zur Verfechterin des Bildungszentralismus geworden. Warum dieser Verfassungsgrundsatz dennoch eine der wichtigsten Säulen einer freien Gesellschaft bildet: ein Plädoyer für den Bildungsföderalismus.

Zentralismus als Aspekt des Totalitarismus

Zunächst scheint der Ruf nach Zentralisierung der Bildung einleuchtend. Kinder und Jugendliche sind an ihrer sozialen Herkunft und der sozio-ökonomischen Situation ihrer Eltern unschuldig. In diesem Sinne scheint es nur gerecht, staatliche Bildungsangebote bereitzustellen, damit jedes Kind eine Möglichkeit zur Bildung bekommt. Dieses Argument der Chancengerechtigkeit ist auch für den Liberalen einleuchtend, der staatliche Unterstützung der Bildung von Kindern als sinnvolle staatliche Investition sieht, die viel nachhaltiger ist, als eine gescheiterte Bildungsbiografie irgendwann mit Sozialleistungen alimentieren zu müssen.

Nun scheint es ebenso ungerecht, dass ein Kind aufgrund seines Wohnortes gegebenenfalls in eine schlechtere Schule kommt, nur weil es im schulischen Einzugsgebiet lebt. Also sollte Bildung schlicht zentral aus Berlin verwaltet werden, damit alle Kinder die gleichen Chancen haben. Die Versuchung des Zentralismus ist süß und ihr wird meist aus redlichen Motiven nachgegangen. Aber sie birgt eine Tücke: Denn Föderalismus ist immer auch eine Form vertikaler Kontrolle politischer Macht. Ein zentral verwaltetes Bildungssystem lässt sich deutlich schwieriger verändern als die Bildungspolitik eines einzelnen Bundeslandes. Genau diese Tücke der staatlichen Machtausweitung wurde im 20. Jahrhundert in allen totalitären Systemen verwendet, um die heranwachsenden Menschen staatlich zu indoktrinieren. „Folgen dir die Kinder, folgt dir die ganze Nation“, so soll es Napoleon einmal gesagt haben – ein Spruch, den sich Stalin, Hitler und ihre Gleichgesinnten zur bildungspolitischen Leitlinie nahmen. Zentralismus ist immer ein Aspekt des Totalitarismus gewesen und deswegen sollten wir Liberale ihm sehr skeptisch gegenüberstehen.

Qualität oder Vergleichbarkeit?

Wir wollen beste Bildung. Natürlich, denn sie bildet Kinder und Jugendliche, bereitet sie auf das Erwachsenenleben vor und macht sie zu kritisch denkenden Persönlichkeiten, steigert den Wohlstand und sichert unsere Zukunft. Es sollte Konsens sein, dass Qualität in der Bildung über allem stehen sollte. Die besten Lehrer in den besten Schulgebäuden unterrichten mit modernster Ausstattung bestens ausgebildete Kinder – so die Idealvorstellung. Aber ebenso laut ist der Ruf nach Vergleichbarkeit. Die politische Linke empfindet den Fokus auf Leistung und dem Abrufen inhärent unterschiedlicher, individueller Potenziale als eine systemimmanente Ungerechtigkeit. Denn die daraus resultierende Ungleichheit würde viele Kinder benachteiligen. Also soll Bildung möglichst vereinheitlicht und damit gleichgemacht werden. Doch innerhalb der FDP lautet es ständig, man würde schlicht Vergleichbarkeit mit bester Qualität verbinden. Damit stimmt man implizit der linken Problemanalyse zu und verfolgt die gleichen Ziele einer einheitlichen Bildung mit zentraler Abschlussprüfung, nur um dann mehr Schulautonomie und Freiheit für einzelne Schulen zu fordern. Aber sobald das Bildungssystem einmal zentralisiert wird, werden Privatschulen und Schulautonomie als Elemente der Ungleichheit ebenfalls eingestampft werden, im Namen der Gerechtigkeit und Vergleichbarkeit – so wie es in den 1930er-Jahren in der Sowjetunion geschah.

Zudem lehrt uns die Geschichte, dass jede Form der Zentralisierung stets zum Herunterbrechen auf den kleinsten gemeinsamen Nenner führte. Denn Normen und Regeln für

kleinere Systeme lassen sich individueller und genauer anpassen. So kann jede Schule ein Regelwerk festlegen, das ihrer besonderen Situation und den individuellen Bedürfnissen der Schüler gerecht wird. Aber je größer das System, desto allgemeiner müssen die Regeln lauten und damit entfernen sie sich so weit vom Einzelnen, dass sie nur noch das widerspiegeln, worauf sich letztlich alle irgendwie einigen können. Aber für uns Liberale ist der Einzelne, das Individuum, im Zentrum unserer Weltanschauung und die Maximierung seines individuellen Potenzials durch die Gewährung der maximalen individuellen Freiheit. Deswegen sollten wir uns als Liberale der Zentralisierung, also der Gleichmachung der Bildung, entschieden entgegenstellen, um stets die Individualität und damit die Qualität gegenüber der Vergleichbarkeit hochzuhalten. Und dabei sollten wir als Liberale uns nichts vormachen, denn Zentralisierung und Vergleichbarkeit heißt immer Gleichmachung. Denn vergleichbar ist nur, was gleichgemacht wird.

Liberale Antworten in der Bildungspolitik

Da wir als Liberale nun festgestellt haben, dass der Zentralismus nicht unser Weg ist, sondern der Föderalismus und die Freiheit, stellt sich die Frage, welche konkreten Forderungen daran geknüpft werden sollen. Für uns ist klar, dass Wettbewerb die Qualität steigert, da sich die besten Konzepte beweisen und diese dann imitiert werden – es stellen sich Best-Practice-Modelle ein. Also sollte unser Ziel die größtmögliche Freiheit und Autonomie für einzelne Schulen sein, so wie es in den Staaten der Fall ist, die in den internationalen Vergleichsstudien stets die besten Bildungsergebnisse erzielen, wie Hongkong, Neuseeland, Japan oder Finnland.

Dafür ist zunächst eine Reform der Lehrerausbildung vonnöten, die rigoros nach den Besten der Besten selektiert, denn nur das Beste ist gut genug für die Bildung unserer Kinder. Auch hier sollen die Bundesländer in Konkurrenz treten, damit sich durch den Wettbewerb die besten Methoden der Lehrerausbildung einstellen. In der Folge ist es ebenfalls sinnvoll, den Schulen größere Freiheit zu geben, nach welchen Maßstäben sie ihre eigenen Lehrer auswählen. Dafür eignet sich das Konzept der Privatschule, die eben solche Freiheiten haben, die es noch zu erweitern gilt. Dazu ergibt es ebenfalls Sinn, bereits existierende staatliche Schulen in private Trägerschaft zu überführen.

Damit Eltern und Schüler auch die Möglichkeit haben, sich für die beste Schule zu entscheiden, die ihren Bedürfnissen gerecht wird, muss die Wahlfreiheit in die Hände der Eltern gegeben werden. Das Konzept School Choice, also die Möglichkeit für Eltern, frei auszuwählen, an welcher Schule sie ihre Kinder anmelden, hilft besonders Kindern, die aufgrund ihres Wohnortes in sozial schwachen Einzugsgebieten leben, was ihnen einen Ausweg aus der Armut ermöglicht. Damit Schüler und Universitäten feststellen können, ob ein potenzieller Schüler oder Student die Anforderungen dieser Bildungseinrichtung erfüllt, benötigt es keine erzwungene Vergleichbarkeit durch staatliche Zentralisierung (zum Leidwesen der Qualität). Den Bildungseinrichtungen ist auch die Freiheit einzuräumen, ihre Schüler nach eigenen Auswahlverfahren auszuwählen. Durch Aufnahmetests oder Auswahlgespräche stehen den Bildungsinstitutionen individuell angepasste Möglichkeiten zur Verfügung, die keine staatliche Gleichmachung benötigen. Im Rahmen dieser Reformen zugunsten schulischer Autonomie ist den Schulen die Freiheit einzuräumen, eigene Abschlussexamen zu konzipieren. Die zentralen Abiturprüfungen sind eine Form jener erzwungenen Zentralisierung, die es in der logischen Folge abzuschaffen gilt. Ob die Schulen die Option staatlich gestellter Prüfungen in Anspruch nehmen, sei ihnen freigestellt.

Doch warum müssen Kinder eigentlich dazu gezwungen werden, eine Schule zu besuchen? Die Freiheit des Einzelnen und die Freiheit der Eltern umfasst auch die Wahlfreiheit über die Bildung der Kinder. Ineffiziente staatliche Direktfinanzierungen kommen nur selten den Schulen unmittelbar zugute. Um dennoch jedem Kind die Chance auf Bildung zu gewährleisten, sollte der Staat Bildungsgutscheine an jedes Kind geben, die in allen Bildungseinrichtungen genutzt werden können, je nachdem, was adäquat für das individuelle Kind ist. Ob dieses Angebot nun in einer staatlichen oder privaten Schule genutzt wird, sollte der Freiheit des Einzelnen überlassen sein. Eine Pflicht zur Bildung und keine Schulpflicht sollte die liberale Marschroute sein. Lasst uns mit mutigen, liberalen Konzepten die Bildung der Zukunft gestalten und den Föderalismus in der Bildung erhalten und ausweiten.

Alexander Kobuss (21) studiert Lehramt für Gymnasien mit den Fächern Geschichte sowie Sozialwissenschaften und ist Leiter des Bundesarbeitskreises für Wirtschaft/Energie/Finanzen und Ju-Li-Vertreter im Bundesfachausschuss Finanzen/Steuern/Haushalt. Ihr erreicht ihn unter: **kobuss@julis.de**

Bildnachweis: stock.adobe.com

Bildung heißt Schule – Schule heißt nicht Bildung

PRO

Voller Vorfreude schaust du in die Pfanne vor dir: Gleich gibt's Rührei zum Frühstück. Zufrieden lächelst du dein Spiegelbild im Küchenfenster an. Doch dann fällt dir eine Bewegung hinter dem Vorhang auf. Ein brandneuer Streifenwagen hält vor dem Haus deiner Nachbarn und zwei Polizisten steigen aus. Komisch, was die Polizei dort wohl will? Schließlich hast du das Ehepaar Schütz doch in guter Erinnerung vom letzten Straßenfest.

Wenige Minuten später begleiten die beiden Polizisten den 13-jährigen Sohn der Nachbarn hinaus. Ein Blick ins Gesicht des Jungen verrät sofort: Er möchte auf keinen Fall in das Polizeiauto steigen. Während ihm einer der uniformierten Männer die Tür des neuen Ford S-Max aufhält, versucht sein Kollege die lautstark protestierende Mutter zu beruhigen. Ein hoffnungsloses Unterfangen. Doch mit dieser peinlichen Szene ist für das Ehepaar Schütz noch längst nicht das Ende der Fahnenstange erreicht. Hohe Geldstrafen, ersatzweise Zwangshaft, sogar Sorgerechtsentzug drohen den beiden, wenn sie ihr Kind weiterhin zu Hause unterrichten, anstatt es in die Schule zu schicken. Sind die beiden wirklich so schlechte Eltern, dass sie eine solche Behandlung verdient hätten?

Auf verlorenem Posten

Zugegeben ein harter Einzelfall, dennoch leider kein unrealistischer. Schätzungen zufolge gibt es in Deutschland ca. 1000–2000 Freilerner, die sich weigern, eine Schule zu besuchen, und stattdessen zu Hause lernen. Eine beachtliche Zahl für diese ungewöhnliche Art, sich gegen das Gesetz zu stellen, wie wir finden. Auch die drohenden Strafen sind nicht Fiktion, sondern reale Mittel gegen eben diese Familien.

Der europäische Vergleich zeigt eindeutig, dass Deutschland mit seiner Schulpflicht ziemlich einsam auf diesem Kontinent ist: In jedem anderen Land ist Homeschooling erlaubt oder zumindest unter Auflagen möglich. Mit Ausnahme von uns hat also jedes andere Land in Europa verstanden, dass es keinen vernünftigen Grund gibt, Homeschooling zu verbieten. Warum denn auch? Schließlich gilt auch hier der altbewährte Grundsatz: „Die Freiheit des Einzelnen hört da auf, wo die Freiheit anderer eingeschränkt wird." Wo wird denn die Freiheit derer eingeschränkt, die weiter in der Schule unterrichtet werden wollen?

Was spricht denn schon dagegen?

Die Gegenseite führt vor allem zwei Argumente gegen das Homeschooling an. Zum einen würden diese Kinder zu Hause alles machen, nur nicht lernen. Zum anderen sei es nur eine Frage der Zeit, bis sich diese Schüler sozial isolieren. Mit diesen beiden Mythen räumen wir nur allzu gerne auf: Kinder haben von Geburt an die angeborene Bereitschaft, Leistung zu erbringen. Niemand zwingt uns dazu, eine Sprache zu lernen und mit der ganz besonderen kindlichen Neugierde die Welt zu entdecken. Denn genau dieser Drang, etwas Neues zu lernen, zeichnet uns Menschen aus. Selbst der Wissenschaftliche Dienst des Bundestages widerspricht diesem ersten Mythos. Er stellt heraus, dass es keine Studien gibt, die schlechtere Leistungen von Schülern im Hausunterricht nachweisen können.

Aber dann schotten sich Homeschooling-Kinder doch wenigstens vom Rest der Gesellschaft ab, oder? Das Gegenteil ist der Fall! Sie sind sogar auffällig häufig in Sportvereinen, Bands und auch politischen Organisationen und suchen somit bewusst Kontakt zu anderen. So stellt der Wissenschaftliche Dienst des Bundestages auch hierzu fest, dass es unter Wissenschaftlern unbestritten sei, dass Homeschooler anderen Kindern in ihrem Sozialverhalten mindestens ebenbürtig sind.

Die Frage ist nicht ob, sondern wie

Der Staat muss weiterhin die Bildungsziele vorgeben und den Bildungsweg kontrollieren – das steht für uns außer Frage. Denn nur so können wir sicherstellen, dass Erziehung nicht zur Manipulation von Kindern genutzt wird. Aber das steht für uns in keinem Widerspruch zu unserer Forderung, die Schulpflicht in eine Bildungspflicht zu än-

Daniel Schirm (20) studiert Law & Economics in Bonn und ist stellv. Vorsitzender der JuLis in Solingen und stellv. Leiter des LAK Bildung. Über das Thema Bildung hat er den Weg in die Politik gefunden. Ihr erreicht ihn unter: **daniel.schirm@julis-nrw.de**

Dominik Fisch (22) hat BWL in Köln und Berlin studiert und ist selbstständiger Social-Media-Experte. Als Kreisvorsitzender der JuLis in Soest und Leiter des LAK Bildung liegen ihm neben dem Thema Bildung auch New Work und Digitalpolitik am Herzen. Ihr erreicht ihn unter: **dominik.fisch@julis.de**

dern. Schließlich zeigt uns der Rest der EU, dass es geht. Die Digitalisierung eröffnet uns in dem Bereich nämlich ungeahnte Möglichkeiten. Wie wäre es z. B. mit einem intelligenten Lernprogramm für Homeschooler? Wir können sehr gut verstehen, dass nicht jedes Kind in einer Klasse gleichaltriger Kinder im gleichen Tempo vom gleichen Lehrer mit dem gleichen Material im gleichen Raum mit den gleichen Methoden unterrichtet werden möchte. Beenden wir also endlich die Debatte darüber, „ob“ wir eine Bildungspflicht einführen wollen. Stürzen wir uns lieber mit mutigen Lösungen auf die Frage, „wie“ wir sie am besten umsetzen können.

Flexibilität statt Feigenblatt- Homeschooling

Zu Hause ist es immer noch am schönsten! Nirgendwo kann man gemütlicher auf der Couch Netflix suchten, nirgendwo kann man entspannt an der Playstation zocken und nirgendwo fühlt man sich so heimisch. Warum also nicht auch Unterricht von zu Hause? Immer höre ich Beschwerden über politisch einseitig links argumentierende Politik-Lehrer. Beim Homeschooling könnte man sich hingegen seine Lehrer selber suchen. Problem gelöst. Mobbing treibt an Schulen leider immer noch viele Kinder in existenzielle Krisen. Wie könnte man diesem Problem leichter aus dem Weg gehen?

Homeschooling-Fans haben mit Freunden des bedingungslosen Grundeinkommens meist gemein, dass beide mit einer Maßnahme alle Probleme argumentativ als gelöst ansehen. Ich warne aber davor, die tatsächlichen Probleme unserer Bildungslandschaft mit dem Feigenblatt-Homeschooling zu verdecken. Ganz im Gegenteil: Gehen wir endlich die richtigen Probleme an und verhindern die Know-how-Krise in Deutschland. Die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen ist nicht immer leicht: Eltern können nerven, Lehrer nerven, Unterricht ist oft langweilig und viele andere Mitschüler sind kaum zu ertragen. Aber all diese „Probleme“ kennzeichnen das Heranwachsen. Nicht nur fachliche Kompetenzen sollen in der Schule erlernt werden, sondern vor allem auch soziale Kompetenzen. Der 1,0er-„Elite“-Abiturient, der jedoch kaum im Team mit anderen zusammenarbeiten kann, wird am Arbeitsmarkt einen schweren Stand haben. So ist das Auseinandersetzen mit Mitmenschen, nicht nur im Unterricht, sondern auch in den Pausen, elementar wichtig für die Entwicklung von Menschen. Zwar liegt es (zum Glück) nicht in der Verantwortung des Staates, meine soziale Entwicklung vorzuschreiben, dennoch lernt man auch durch pädagogisch geschulte Lehrer gewisse Regeln, die für die eigene Entwicklung wichtig sind. Auch meine ersten gescheiterten Flirtversuche mit Mitschülerinnen in der 6. Klasse waren so eine frustrierende, wenn auch vermutlich langfristig gelungene Lehre für mein Leben. So lautet meine Antwort auf die Fragen des ersten Abschnitts auch ganz klar: Nicht Lebensrealitäten aus dem Weg gehen, sondern sich diesen stellen. Die Schule muss junge Menschen noch mehr zum kritischen Hinterfragen bewegen, damit man links orientierten Lehrern argumentativ begegnen statt aus dem Weg gehen kann. Auch müssen sich Schulen im Umgang mit Mobbing stark verbessern, keine Frage. Aber dauerhaft der Schule fernzubleiben kann nicht die Lösung für den Erwerb sozialer Kompetenzen sein. Es mag zahlreiche erfolgreiche Einzelbeispiele geben, keine Frage. Es gibt aber auch genug Negativ-Beispiele von fundamentalistisch-religiösen Eltern, die ihr Kind über Homeschooling besser indoktrinieren konnten.

Zudem sehe ich zwei Zielgruppen laut vor Jubel aufschreien: eine kleine Anzahl von Homeschooling-Fans, bei denen dieses Konzept eventuell in wenigen Einzelfällen funktioniert und fachliche und soziale Kompetenzen fernab des Schulbesuchs vermittelt werden. Die andere, eher negativ zu betrachtende Gruppe umfasst dabei die Bildungs-Verweigerer: Wer in der Schule nicht genug lernt, wird außerhalb der Schule in noch größere Probleme geraten. So könnte man bei einer funktionierenden Haupt- und Realschullandschaft gerade solchen Menschen einen besseren Übergang in den Ausbildungsmarkt ermöglichen, indem mehr Praxis-Elemente in die Schule gebracht werden. Während für mich also die Risiken in diesem Fall die Chancen überlagern, verhält es sich bei einer modularen Gestaltung der Oberstufe ohne Anwesenheitspflichten anders. Hier sind die Schülerinnen und Schüler älter und eigenverantwortlicher, auch weil sich in dieser Phase unmittelbar die Abschlussnote der Bildungslaufbahn nähert. Mit größeren Wahlmöglichkeiten, mehr Selbstlern-Tools, flexibleren Klausurterminen und veränderten Bewertungskriterien wird Schülern ein höheres Maß an Eigenverantwortung abverlangt, die individuelle Motivation und Förderung sichergestellt und mehr Freiheit gewährleistet. Trauen wir uns also, unser jetziges Abitursystem zu individualisieren und zu evolutionieren, anstatt Anwesenheitspflichten als Feigenblatt abzuschaffen!

Tim Schütz (22) kommt aus Essen und arbeitet für einen großen Baukonzern,. Bei den JuLis ist er Mitglied des Landesvorstandes und leitet den Bundesarbeitskreis für Umwelt, Bau und Verkehr. Ihr erreicht ihn unter: **tim.schuetz@julis-nrw.de**

Bildnachweis: stock.adobe.com

Beste Bildung? Das regelt (nur) der Markt!

Beim Ziel sind sich Liberale schnell einig: Bildung ist für den Erfolg der offenen Gesellschaft zentral, denn sie befähigt Menschen, als mündige Bürger Herr ihres eigenen Lebens und informiert-reflektierter Wähler zu sein; sie schafft nicht nur die geistigen Voraussetzungen für Toleranz und Freiheit, sondern sie bildet auch qualifizierte Arbeitskräfte heran, welche die wirtschaftlichen Grundlagen einer stabilen Gesellschaft erwirtschaften. Manche meinen nun, das Ziel beste Bildung durch möglichst viel Staat – am liebsten noch in der Form eines Zentralstaates mit bundesweiten Standards – verwirklichen zu können.

Bildung als blinder Fleck der Marktwirtschaft?

Das ist für liberales Denken ein auffallender Gegensatz zu bewährten Lösungsansätzen. Dass der Markt bessere Ergebnisse erzeugt als der Staat, wird in Bereichen wie dem Fernverkehr oder der Automobilindustrie kaum jemand infrage stellen. Der Staat ist nicht der bessere Unternehmer, er arbeitet ineffizienter und kann seine Ziele nie so schnell und so gut erreichen, wie wenn er auf Private setzt. Denn der staatlichen Bürokratie fehlt es an Wettbewerb, der Effizienz steigert, Leistung anreizt und Innovationen fördert. Warum soll das bei Bildung anders sein?

Viele Argumentationen gegen private Bildungseinrichtungen greifen den Gedanken auf, dass Bildung etwas Ideelles sei, das nicht als Ware gehandelt, mit Gewinnabsicht angeboten werden dürfe. Dahinter steckt ein antikapitalistischer Affekt: Etwas mit einem Preisschild zu versehen sei unmoralisch. Bildung, Kinderbetreuung, Gesundheit, Pflege, Kultur – all das sei doch eine höchst menschliche Tätigkeit, der man den kalten Gelderwerb gegenüberstellt. Schaut man hinter die emotionale Empörung, bleibt aber nicht mehr viel übrig. There is no such thing as free lunch. Jede Dienstleistung kostet, und der Preis drückt doch gerade das Interesse aus, das wir an ihr haben. Bildung darf und sollte uns etwas wert sein, etwas kosten. Ohnehin führt die Auffassung zu der absurden Konsequenz, dass Lehrer (Ärzte, Pfleger, Kulturschaffende etc.) schlimme Ausbeuter seien und eigentlich moralisch verpflichtet sind, ehrenamtlich zu arbeiten.

In Wahrheit ist das Gewinnmotiv weder unmoralisch noch schädlich. Im Gegenteil, es reizt Menschen zu Leistungen an und führt damit in der Regel zu besseren Resultaten. Die Existenz privater kommerzieller Nachhilfe etwa – oft eine Einnahmemöglichkeit für andere Schüler oder junge Erwachsene – ist für viele Schüler eine Bereicherung und echte Hilfe. Die Zulassung gewinnorientierter Bildungsangebote ist damit ein Teil für ein erfolgreiches Bildungssystem, das durch die Vielfalt der Angebote zu Qualitätssteigerungen führt.

Bildung als staatliche Aufgabe, nicht als staatliches Monopol

Dass der Staat Kindern ohne Ansehung ihrer Herkunft eine Chance auf Bildung bereitstellen sollte, ist weitestgehend Konsens. Doch wird daraus unzulässigerweise abgeleitet, dass es auch der Staat selbst sein müsse, der Bildung bereitzustellen habe. Dafür gibt es keine empirischen Anhaltspunkte. Es ist ausreichend, dass der Staat Bildung finanziert und die Erfüllung des Bildungsauftrages dann privaten Trägern überlässt. Staatliche Finanzierung, freie Trägerschaft: Schweden zeigt, dass dies ein guter Weg ist.

Bildungsgutscheine und freie Schulwahl

Zentral für mehr Qualität in der Bildung ist die Wahlmöglichkeit zwischen allen staatlichen Schulen und solchen in freier Trägerschaft. Dem bisherigen Wettbewerbsurteil der staatlichen Schulen wird durch Bildungsgutscheine (eine Idee, für die sich insbesondere Milton Friedman eingesetzt hat) begegnet: Diese sind für die Finanzierung der Schulen maßgeblich. So entscheiden die Nutzer der Schulen, welche Schule sich bewährt und dementsprechend besucht wird. Damit werden faire Bedingungen geschaffen, in denen ein Anreiz für freie Träger besteht.

Schulautonomie und Trägervielfalt

Deutsche Schulen sind momentan ganz überwiegend Behörden: Verwaltungseinheiten mit einem Beamten im Rang eines Oberstudiendirektors an der Spitze, eingebunden in ein staatliches System der Mittel- und Personalzuteilung mit detaillierter Feinsteuerung durch die Schulbehörden und letztlich das Schulministerium. Die Nachteile liegen auf der Hand: Attraktive Anreizstrukturen für Lehrer und Schulleitungen fehlen, und der politischen Einflussnahme ist Tür und Tor geöffnet.

Das liberale Gegenmodell ist die autonome Schule, welche ihre Leitung nicht bis zum Ruhestand ernennt, sondern in regelmäßigen Abständen ausschreibt und wählt, welche die Hoheit über ihren Etat und ihr Personal hat und welche innerhalb eines weiten gesetzlichen Rahmens didaktisch frei ist und damit insbesondere ein eigenes Profil entwickeln und Schwerpunkte setzen darf. Von solchen Schulen aus ist es auch leichter, zu freien Trägern zu gelangen. Denkbar ist insbesondere ein Stiftungsmodell, welches Unabhängigkeit und Kontinuität ohne Kopplung an einzelne Personen sichert. Schulen könnten von Fördervereinen oder genossenschaftlich betrieben werden, sodass Eltern nicht nur Nutzer, sondern auch Anteilseigner würden. Auch eine stärkere Bedeutung von Generationenkonzepten, bei denen die Schüler von früher später zur Finanzierung beitragen (wie es für Hochschulen auch gefordert wird), erscheint in einer insgesamt freieren Schullandschaft denkbar.

Sind auch die staatlichen Schulen in der Lage, als eigenständige Bildungseinrichtungen zu fungieren, so profitieren auch die Schüler an staatlichen Schulen von Qualitätssteigerungen durch Wettbewerb und Innovationsmöglichkeiten.

Der Staat als Garant für ausreichende Schulversorgung

Dem Staat kommen neben der Finanzierung zwei Aufgaben im Bildungssystem zu. Zum einen legt er – wie bisher – fest, welche Schulen als gleichwertige Ersatzschulen anerkannt werden. Der Genuss staatlicher Mittel (zu verteilen über die Bildungsgutscheine) darf nicht schrankenlos möglich sein. Zum anderen achtet der Staat darauf, dass in einzelnen Regionen eine ausreichende Schulversorgung nicht unterschritten wird. In Großstädten wird das dazu führen, das ein Bedarf an staatlichen Schulen nur noch höchst ausnahmsweise erkennbar sein wird – sind doch hier zahlreiche Schulen des gleichen Schultyps in Reichweite. Demgegenüber ist klar, dass der Staat einspringen muss, wenn in einer ländlichen Region keine Schule in adäquater Entfernung liegt.

Mutig und optimistisch für echte Reformen eintreten

Gemessen an der Staatsfixierung, die in Deutschland gerade beim Thema Bildung vorherrscht, müssen solche Konzepte Bedenken und Unsicherheit auslösen. Es ist aber die Aufgabe der Jungen Liberalen, nicht nur das kurzfristig Machbare zu sehen und politische Kompromissbildungen innerhalb der Freien Demokraten und mit potenziellen Koalitionspartnern schon in der eigenen Programmatik vorwegzunehmen, sondern entschlossen und wertebasiert Ideen zu formulieren, wie das Ziel, beste Bildung in Deutschland, auch Wirklichkeit werden kann. Haben wir den Mut, mit unseren Positionen auch Widerspruch zu erregen. Denn Bildung ist zu wichtig, um sie den Politikern zu überlassen!

Marc Bauer **(24)** ist Jurist und Mitglied des Bundesvorstandes.
Ihr erreicht ihn unter:
marc.bauer@julis.de

Schule der Zukunft – oder Zukunft der Schule?

Wie die Digitalisierung unsere Schulen verändert

Hier geht es zum Medienkompetenzrahmen NRW

In nahezu allen Bereichen unseres Alltags hat die Digitalisierung Einzug gehalten und ist zum elementaren Bestandteil geworden: sei es bei der Abwicklung von Bankgeschäften, bei Behördengängen, der Urlaubsplanung oder der täglichen Kommunikation untereinander. Die digitalen Mittel sind nicht mehr wegzudenken und haben unser Leben größtenteils vereinfacht.

Und auch in der schulischen Bildung ist die Digitalisierung in aller Munde. Es ist gut, dass wir die Chancen und Risiken der digitalen Bildung so intensiv diskutieren. Denn eins ist klar: Digitale Bildung ist kein Wahl-, sondern ein Pflichtfach. Experten gehen davon aus, dass ein Drittel der heutigen Erstklässler später in Berufen arbeiten wird, die durch die veränderte digitale Welt neu entstehen und es heute noch gar nicht gibt. Es ist Aufgabe der Schulen und der Politik, unsere Schülerinnen und Schüler in Nordrhein-Westfalen fit für die digitale Welt zu machen.

Dabei ist es ganz wichtig, dass wir diese Mammutaufgabe nicht unterschätzen. Zu lange wurde die Digitalisierung wie viele andere wichtige Aufgaben von der Vorgängerregierung nicht angegangen, vertagt und verschlafen. Unsere FDP-Schulministerin Yvonne Gebauer kommt seit dem Regierungswechsel 2017 in der NRW-Schulpolitik nun schnell, strukturiert und effektiv voran. Der Umstieg auf G9, die Neuaufstellung der Inklusion und die Einführung des Schulfachs Wirtschaft sind da einige Themen, die wir in der NRW-Koalition mit der CDU schon erfolgreich umgesetzt haben. Und auch bei der Digitalisierung unserer Schulen machen wir sichtbare Fortschritte. Wir sollten jedoch nicht verhehlen, dass trotzdem der Weg zur digitalen Schule noch ein weiter ist. Es ist nicht damit getan, dass wir buchstäblich iPads in jede Klasse werfen und dann ausrufen: „Ab morgen machen wir hier Digitalisierung!“

Wir werden in NRW sorgfältig, strukturiert und schrittweise die digitale Schule schaffen.

Aus Sicht der Freien Demokraten geht es bei der Einführung von Digitalisierung in der Schule um „enhancement“ statt „replacement“. Ganz konkret: Digitalisierung bedeutet nicht, einfach nur Schiefertafeln und Kreide gegen Whiteboard und Marker auszutauschen. Wir wollen erreichen, dass Lehrerinnen und Lehrer durch den Einsatz von digitalen Lern- und Unterrichtsmitteln ihren Unterricht so verbessern können, dass sie Methoden und Lerninhalte besser, effizienter und anschaulicher vermitteln können. Dabei spielen neben den üblichen fächerspezifischen Lernzielen natürlich auch fächerübergreifendes Wissen und Kompetenzen rund um die digitale Welt für uns eine zentrale Rolle. Damit unsere Schülerinnen und Schüler die Schule als kompetente Bürger verlassen, hat das Ministerium für Schule und Bildung daher den „Medienkompetenzrahmen NRW“ verpflichtend eingeführt.

Er stellt die wichtigsten digitalen Kompetenzen in den Mittelpunkt, die unseren Schülerinnen und Schülern in

der Sekundarstufe I (Klassen 5 bis 10) fächerübergreifend vermittelt werden sollen. Zudem ernennt jede Schule einen Medienkoordinator oder eine Medienkoordinatorin, der oder die die pädagogische Umsetzungsverantwortung an der Schule übernimmt und das schulinterne pädagogische Konzept entwickelt. Dabei erhalten die Schulen Unterstützung in Form von Entlastungsstunden für die Medienkoordinator*innen und durch die örtlichen Medienberater*innen. Außerdem passen wir natürlich die Lehreraus- und -fortbildung und die Lehrpläne Stück für Stück an. Denn auch das kommt in unserer Diskussion rund um Digitalisierung an unseren Schulen oft zu wenig zur Geltung: Der wichtigste Faktor für ein Gelingen der digitalen Bildung ist und bleibt die Lehrerin oder der Lehrer.

Eine weitere große Herausforderung, für die in NRW die Schulträger zuständig sind, ist der Ausbau der digitalen Infrastruktur. Im Jahr 2016 hatten nur 13 % der Schulen in NRW einen leistungsfähigen Breitbandanschluss. In unserer kurzen Regierungszeit haben wir es zusammen mit den kommunalen Spitzenverbänden und einem Landesförderprogramm geschafft, dass nun rund 86 % der Schulen entweder einen Gigabitanschluss haben oder der Anschluss bis Ende 2022 erfolgt. Damit legen wir den Grundstein dafür, dass digitale Bildung nicht nur in der Theorie, sondern auch in der Unterrichtspraxis überhaupt erst stattfinden kann.

Ein wichtiger Meilenstein für die digitale Ausstattung unserer Schulen war die Grundgesetzänderung zum Digitalpakt im März 2019. Wir Freien Demokraten haben sehr dafür gekämpft und waren erfolgreich. Einzig bedauerlich an dem Prozess war die Verzögerung in der Entscheidung, weil unglücklicherweise exemplarisch am Thema Digitalpakt eine generelle Föderalismusdiskussion ausgebrochen ist. Grundsätzlich ist es natürlich wichtig, auch über den Föderalismus in Deutschland zu diskutieren. Als schulpolitische Sprecherin der Landtagsfraktion hat es mich allerdings mehr als verärgert, dass gerade der Digitalpakt dafür als Vehikel genutzt wurde, wo sich doch alle einig waren, dass unsere Schulen sehnsüchtig auf die Mittel zur Umsetzung warten und wir keine Zeit verlieren dürfen.

Nordrhein-Westfalen erhält aus dem Digitalpakt Schule insgesamt 1,054 Milliarden €, die wir von Landesseite vollständig an die Schulträger weitergeben. Seit dem 15. September 2019 können Schulträger bei den Bezirksregierungen Anträge stellen, um die ihnen zustehende Summe aus dem Topf zu erhalten. Diese wurde größtenteils aus der Anzahl der Schülerinnen und Schüler ermittelt. Wichtig ist uns Freien Demokraten, dass diese Mittel nicht nur die Schulen in kommunaler Trägerschaft erhalten, sondern auch die Schulen in privater Trägerschaft. Und wir sind auch stolz, dass NRW mit einem voll digitalen und schlanken Antragsverfahren selbst mit gutem Beispiel vorangeht. In anderen Ländern werden die Mittel aus dem Digitalpakt noch im Offline-Papierverfahren vergeben.

Natürlich freuen wir uns insgesamt sehr über die dringend notwendige Beteiligung des Bundes an weltbester Bildung. Dafür haben wir Freien Demokraten lange gestritten. Doch auch wenn wir jeden Euro sinnvoll einsetzen können und werden, reicht der Digitalpakt bei Weitem nicht aus, um unsere Schulen zukunftsfest aufzustellen. Wir müssen jetzt darum kämpfen, dass es eine Fortführung der Bundesmittel gibt, also mindestens einen Digitalpakt II und wahrscheinlich sogar III. Der Digitalpakt in seiner jetzigen Form ist nämlich leider nur eine einmalige Investition des Bundes, mit der die Aufgabe jedoch lange nicht abschließend bewältigt ist. Unsere Schulen brauchen Planungssicherheit, um nicht nur einmalig investiv versorgt zu werden, sondern auch in den folgenden Jahren zuverlässig digital ausgestattet zu sein. Geräte, die wir zum Beispiel mit dem Digitalpakt anschaffen, müssen gewartet und ausgetauscht werden, Schulen brauchen einen Helpdesk, der mit schneller Erreichbarkeit für die tägliche Einsatzfähigkeit des Materials sorgt, Lehrkräfte müssen sich laufend fortbilden und Unterrichtsmaterial – auch digitales – müssen wir laufend aktualisieren. Wer glaubt, mit einer einmaligen Investition dem digitalen Wandel an unseren Schulen Genüge getan zu haben, der hat nicht verstanden, worum es bei Digitalisierung an Schulen geht.

Daher ist es wichtig, dass wir die Diskussion an dieser Stelle nicht für beendet erklären. Wir müssen gemeinsam weiter dafür kämpfen, dass wir unseren Schülerinnen und Schülern das Know-how vermitteln, das sie für ein selbstbestimmtes Leben als kompetente Bürger brauchen – online und offline.

Franziska Müller-Rech
arbeitet als Abgeordnete im Landtag und ist unsere Sprecherin für Schule. Seit 2009 ist sie Mitglied der Jungen Liberalen, mittlerweile ist sie Kreisvorsitzende der FDP Bonn. Ihr erreicht sie unter:
franziska.mueller-rech@landtag.nrw.de

Was kann ich wissen? Was soll ich tun? Was darf ich hoffen? Und wie hilft mir die Schule dabei?

Eine philosophisch-humanistische Reise zu den Grundelementen schulischer Bildung

Bildnachweis: stock.adobe.com

„Ich bin fast 18 und hab keine Ahnung von Steuern, Miete oder Versicherungen. Aber ich kann 'ne Gedichtsanalyse schreiben. In 4 Sprachen." (Tweets von Naina, @nainablabla, 10.01.2015) Wer hat diesen Satz nicht auch schon mal gehört? Doch eine genaue Definition des Bildungsauftrages zu finden ist kompliziert. Ermöglicht reine Wissensgenerierung durch eine starke, strenge Lehrperson die Ausbildung und Formung eines starken und individuellen Charakters? Die Institution Schule befindet sich in einem ständigen Wandel, sodass ihre Aufgaben immer unklarer werden. Grundsätzlich zeigt sich die Tendenz, dass die Schule im Leben des Schülers immer mehr Zeit einnimmt. Ist dies eine positive Entwicklung und wie gehen wir damit um? Sollen wir die Kompetenzen der Schulen und damit des Staates ausweiten? Reicht das klassische Bildungsmodell aus? Liberalere Ansätze sind hier erforderlich.

Von Humboldt bis heute: Worauf basiert unser Schulsystem?

Um das komplexe System Schule zu verstehen, fangen wir ganz vorne an – mit dem Begründer des deutschen Schulwesens in seiner modernen Gestalt: Friedrich Wilhelm von Humboldt. Für ihn hat das Schulsystem die Aufgabe der Entfaltung der Persönlichkeit und legt somit den Fokus auf das Individuum und auf dessen Interaktion mit der Umwelt, also seinen Mitmenschen. Bildung ist definiert als ein Prozess des Erlernens und Erfahrens von Neuem und Unbekanntem durch aktives Handeln. Ziel ist eine universelle Bildung, welche spezifisch an jeden Einzelnen angepasst werden soll.

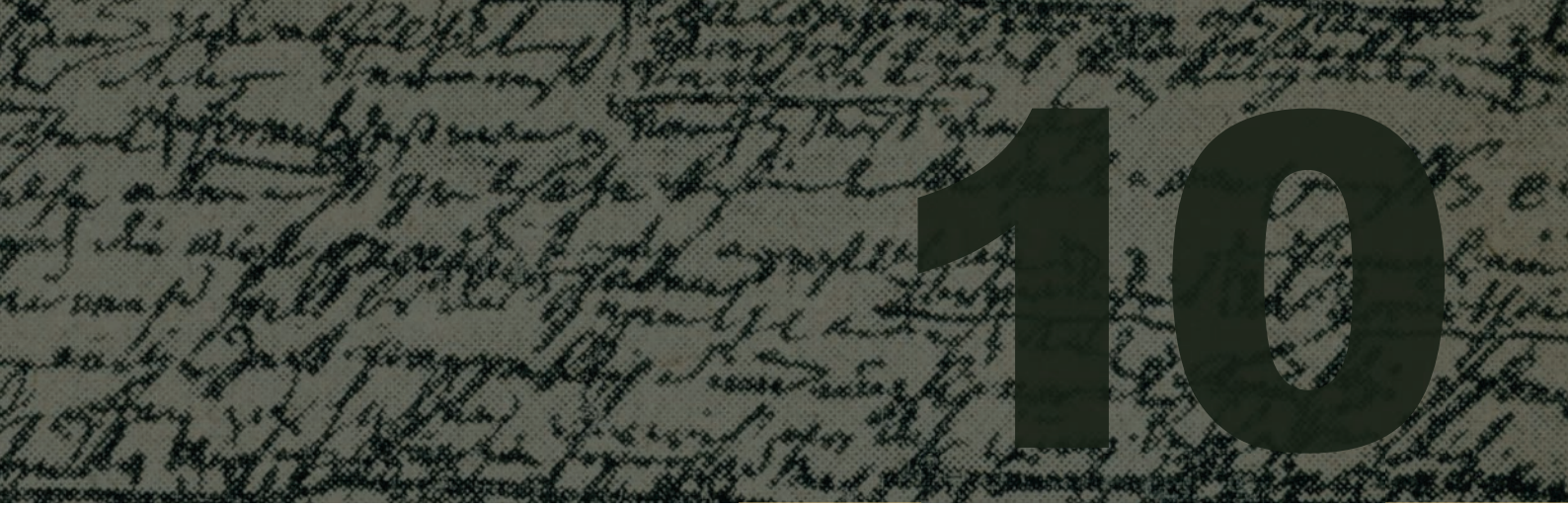
Als eine Weiterentwicklung dieses neuhumanistischen Ansatzes kann die philanthropische Bildung gesehen werden. Sie ist definiert als Lehre von Menschenfreundlichkeit, Vernunft und Nützlichkeit. Als oberste Ziele dieser Bildungstheorie können der Perfektionismus, Utilitarismus, Glück und Erziehung nach einheitlichen moralischen Grundsätzen gelten. Begründer dieser Idee waren unter anderem Jean-Jacques Rousseau, Bernhard Basedow und Immanuel Kant. Rousseau vergleicht die Erziehung mit dem Heranwachsen einer Pflanze und stellt somit die Wichtigkeit des Einwirkens von außen auf das Kind hervor. Ohne Hilfe kann das Kind nicht erzogen werden, genauso wenig wie die Pflanze ohne das Gießen leben könnte. Derart dramatisieren wollen wir das Ganze nicht. Wissbegier, Ambition und ein Streben nach Persönlichkeitsoptimierung lassen sich bei den meisten Menschen beobachten. Dieser Wunsch soll in der Schule erfüllt werden und die Entwicklung zu einem glücklicheren, vollkommenen und wohlerzogenen Menschen unterstützt werden.

Überall, wo Macht ist, kann sie missbraucht werden

Doch wir müssen aufpassen. Wenn der Staat immer mehr an Einfluss gewinnt, kann dieser schnell von einem totalitären Regime ausgenutzt werden. So geschah es beispielsweise im 20. Jahrhundert, wo eine Gleichschaltung und Zentralisierung der Bildung, gerade in Deutschland, fatale Folgen hatte. Die Verwehrung der emotionalen Bindung zur Mutter und die Zerstörung einer gesunden Familienstruktur im Nationalsozialismus führten zu einer unvollständigen, schädlichen Entwicklung des Kindes. Einhergehend mit der Verpflichtung zur Hitlerjugend und Beeinflussung durch eine rassistische Ideologie wurden die Kinder in ihrer emotionalen Entwicklung gestört. Dies zeigt, dass totalitäre Regime die Schule als Institution missbrauchen können, um systemkonforme und unselbstständig denkende Menschen heranzuziehen.

Andererseits kann Bildung positive Synergieeffekte erzielen. So lässt sich der Rückgang der Kindersterblichkeit, die Senkung der Kinderarbeit und die Minimierung von Krankheit in Entwicklungsländern mit der Steigerung des Bildungsniveaus in Verbindung bringen. Das Erlangen von Wissen verbessert die infrastrukturelle Hygiene, animiert zum selbstständigen Denken, schafft eine Arbeitsgrundlage für das spätere Leben und ist somit Beweis der Möglichkeiten der sozialen Mobilität und Verbesserung der Lebensqualität. Die fast flächendeckende Auslöschung von Infektionskrankheiten wie Polio, Masern und Pocken, ein dauerhafter Anstieg der Lebenserwartung, eine sinkende Zahl der absoluten Armut und ein Wirtschaftswachstum sind unter anderem auf den stetig wachsenden Zugang zur Bildung zurückzuführen.

Dies zeigt, wie viel Macht die Schule hat und welchen positiven Einfluss sie auf eine Gesellschaft haben kann, wenn die Leistungen und Strukturen klar definiert werden.



Klare Priorisierung

Die Schwerpunktsetzung unterliegt einem ständigen Wandel, welcher mit der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung einhergeht. In unserer globalisierten Welt soll Schule eine soziale Interaktion in einem angenehmen Miteinander ermöglichen, auf die zukünftige Arbeitswelt vorbereiten und die Wichtigkeit von Verantwortung aufzeigen. Dies schafft sie durch Vermittlung von Werten wie Vertrauen, Toleranz und Respekt durch Darlegung von Tugenden wie Pünktlichkeit, Zuverlässigkeit, Sorgfalt, Übernahme von Verantwortung und Stärkung des Pflichtbewusstseins.

Die Frage nach welchem Wissen ist gar nicht so einfach: Programmieren in der Grundschule, die Einführung des Schulfaches Wirtschaft oder das Handwerken, Hauswirtschaften und Gartenbauen in Waldorfschulen. Hier scheiden sich die Geister. Grundlegende Fähigkeiten wie Lesen, Schreiben und Rechnen sollten allerdings hier im Vordergrund stehen. Denn immer wieder zeigen Studien in diesen Bereichen Mängel in deutschen Schulen. Erst Anfang Dezember 2019 veröffentlichte die neue PISA-Studie Ergebnisse, die negative Trends bei der Lesekompetenz und dem Mathematikverständnis aufzeigen. Natürlich schadet es nicht, gewisse Grundlagen in den Bereichen der Ökonomie, Informatik und Wirtschaft zu vermitteln, doch müssen wir vorher eine Basis gewährleisten. Wir bauen ja schließlich auch kein Haus und fangen dabei mit dem Obergeschoss an.

Die beste Regierung ist die, welche am wenigsten regiert

Noch mal Humboldt: „Denken und Wissen sollten immer gleich Schritt halten. Das Wissen bleibt sonst unfruchtbar." Seine Idee, dass Denken und Fühlen, Kognition und Emotion, zusammenhängen, sollten wir uns zu Herzen nehmen. Das Individuum muss bestmöglich auf das Leben vorbereitet werden. Eine starke, stabile und emphatische Lehrkraft hat daher sowohl die Aufgabe der Wissensvermittlung als auch der Lieferung von Ideen zur eigenen Persönlichkeitsentwicklung. Dabei muss mit Vorsicht agiert werden. Der Lehrer gibt dem Schüler nur einen Schubs in Richtung Selbstständigkeit. Man kann dies mit der Gabe von Flügeln vergleichen. Fliegen muss das Kind schon selber.

Um dies zu erreichen, sind Optimierungen an unserem aktuellen Schulsystem notwendig. Durch ständige Debatten, neue Reformen wurde das Schulsystem unnötig bürokratisiert und undurchschaubar gemacht. Das Netz muss nun entwirrt und sich auf die grundlegenden Aufgaben der Bildung besonnen werden. Setzen wir an den Punkten Lesen, Schreiben, Rechnen an, implementieren früher und stärker Fremdsprachenunterricht und garantieren mehr soziale Interaktion im Klassenraum. Doch lockern wir die Zügel nicht zu sehr. Anreize wie das Notensystem und Hausaufgaben sollen erhalten bleiben. Ohne diese ginge die Motivation und der Ehrgeiz der Schüler den Bach runter. Hättet ihr damals freiwillig zu Hause eine Kurvendiskussion gemacht oder eine Analyse geschrieben? Ich auch nicht.

Sapere aude (Wage es, weise zu sein!): „Habe Mut, dich deines eigenen Verstandes zu bedienen!"

Aufklärung ist der Ausgang des Menschen aus seiner selbst verschuldeten Unmündigkeit. Kant hatte mit dieser Aussage recht. Die Fähigkeit der Schüler – sich des eigenen Verstandes zu bedienen – muss durch schulische Bildung gefördert werden. Geben wir ihnen also einen Stift, ein Buch und ein leeres Blatt Papier, geben wir ihnen Denkanstöße, aber zwingen ihnen nicht unsere Meinungen und Ideologien auf, geben wir ihnen den Freiraum und den Mut, dieses Blatt mit Wissen und eigenen Gedanken zu füllen, und machen sie so zu einem wichtigen Glied in unserer liberalen Gesellschaft.

Isabel Lutfullin (18) studiert Humanmedizin an der Westfälischen Wilhelms-Universität zu Münster und ist stellvertretende Landesvorsitzende der Liberalen Hochschulgruppe NRW. Ihr erreicht sie unter: **Isabel.lutfullin@gmx.de**

11 Warum ich bleibe – Daniel Böhler und seine Motivation, für die Heimat Politik zu machen

„Ja, das hier … das ist so ein bisschen mein guilty pleasure.“ Daniel grinst und zeigt auf Fußballtrikots, die sich im Schrank stapeln. „Die sammel ich irgendwie – weiß auch nicht so genau, wieso.“ Im Schrank liegen die Trikots übereinander, unter den fein säuberlich aufgehängten weißen oder hellblauen Hemden, die zum Standardrepertoire eines Politikers zu gehören scheinen.

Er öffnet auch den zweiten Flügel des Kleiderschranks: „Die hier sind die besonderen. Getragen oder mit Unterschriften.“ Er zieht eins heraus. „Manchester City, hier guck mal. Da steht ‚für Daniel‘, mit Unterschrift des ganzen Kaders.“ Stolz klingt mit. Als er den Kleiderschrank wieder schließt, lacht er ein bisschen. „Das kann ich dir auch nicht so genau erklären, wieso ich das so geil finde.“ Dafür kann er andere Sachen erklären – Kommunalpolitik zum Beispiel. Wir fahren durch Ennepetal. „Der Busbahnhof da drüben, den müsste man in Angriff nehmen. Sieht halt ziemlich schäbig aus und ist auch tatsächlich Kriminalitätshotspot in Ennepetal.“ Der Unterstand, auf den er zeigt, ist bunt bemalt, aber schmutzig, klein und wenig vertrauenerweckend. „Sieht hier alles nicht so einladend aus“, meint Daniel mit einem Wink aus dem Fenster. „Dabei fahren Busse direkt nach Bochum und Hagen, ist eigentlich ein Transitpunkt hier. Das musst du halt besser vermarkten – genauso wie den Bahnhof oben. Wir sind gut angebunden, auch nach Düsseldorf zum Beispiel. Hat aber trotzdem noch großes Potenzial.“ Die Stadt mit ihren 30.000 Einwohnern liegt in einem Talkessel, umgeben von Bergen, die das Wachstum teils eindämmen. Wir fahren am Stadtkern vorbei und ich sehe Eisenbahnschienen. Die gehören zur Werkseisenbahn, erklärt Daniel. Thyssenkrupp Bilstein stellt Stoßdämpfer für den Motorsport her – und sorgt für eine nicht unerhebliche Zahl von Arbeitsplätzen in der Region. Leider auch für ziemlichen Feierabendverkehr. Intelligente Ampelführungen fehlen, die Kreuzungen und Straßen seien zum Teil so überlastet, dass völliger Stillstand herrsche. Da müsse dringend etwas passieren. Man hört deutlich, dass Daniel das Thema schon mehrfach durchdacht, reflektiert und durchdiskutiert hat. Aber auch die digitale Infrastruktur spricht er an, während wir in den ländlicheren Teil von Ennepetal fahren. „Du wirst sehen, ohne WLAN geht bei uns gar nichts. Mobiles Netz ist wirklich eine Katastrophe, teilweise werden nicht einmal mehr Anrufe durchgestellt.“ Daniel biegt auf eine schmale Landstraße, die sich den Berg hochschlängelt. „Ist natürlich auch ein entscheidender Standortfaktor. Wenn wir das Netz hinkriegen, sind wir im Prinzip wie die Stadt – nur besser.“ Bis es so weit ist, hat die Stadt aber wie viele andere Kleinstädte mit dem demografischen Wandel zu kämpfen. „Viele wollen weg, ich merke das auch im Freundeskreis. Die studieren dann außerhalb und ziehen um, nach Düsseldorf, Aachen oder Köln. Man kann von hier aus zwar gut pendeln, aber das ist für manche eben auch nicht so das Wahre.“ Daniel hat es anders gemacht – er ist in seiner Stadt geblieben und pendelt zur Uni nach Duisburg. „Ja, ich fahre halt Auto. Ist immer so eine Stunde, aber ich höre gerne Podcasts, da kann man die Zeit ganz gut nutzen.“ Ein Auslandssemester habe er auch in Betracht gezogen, klar, erzählt er. Aber die ganz große Aufbruchsstimmung, die viele aus der Heimat raustreibt, sobald die Schule absolviert ist, die hatte er nicht. „Das war so eine 20:80-Sache. Zu 20 % habe ich schon große Chancen im Auslandssemester gesehen.“ Er blickt kurz auf die Straße vor sich. „Zu 80 % wollte ich aber bleiben. Ich glaube, es muss Vorbilder geben. Leute, die einfach mal zeigen, dass man auch gut hierbleiben kann. Die einfach mal machen. Ich glaube, das muss man durchziehen. Und wenn ich dann später beim Bewerbungsgespräch gefragt werde, wieso ich nicht im Ausland war, möchte ich sagen können: ‚Ich bin zu Hause geblieben und habe in der Heimat Verantwortung übernommen.‘ Ich glaube, das ist auch was wert.“

Deswegen wohnt er trotz Studium in Duisburg im Haus, in dem er aufgewachsen ist, im ländlicheren Teil von Ennepetal. Durch das Einfamilienhaus zieht sich ein Schnitt, der mir erst auffällt, als Daniel mich darauf aufmerksam macht. „Hier haben wir damals angebaut, der Teil hier drüben ist neu.“ Gut drei Meter breiter ist das Haus geworden, als Daniels Vater angefangen hat, nebenberuflich als Freelancer zu arbeiten. Der Kamin kam dazu, das Bad ist auch neu. „Ich hab Aufstieg und Gewinn durch Leistung direkt miterlebt, das hat mich auf jeden Fall auch sehr geprägt. Mein Vater hat mir damals deutlich gezeigt, dass das möglich ist, wenn man bereit ist, hart dafür zu arbeiten.“ Wenn man über den hellen Parkettboden durch das Wohnzimmer läuft, schaut man

auf eine Glasfront und raus in den kleinen Garten. Ein Fußballtor steht da, das eigentlich weiße Netz sieht ein bisschen grau aus. Die besten Tage hat das Tor hinter sich. Daniel grinst. „Der Garten ist mittlerweile definitiv zu klein zum Spielen. Sogar früher sind die Bälle regelmäßig über den Zaun geflogen."

Zehn Jahre hat er im Verein Fußball gespielt – zehn Jahre, die ihn sehr geprägt haben. In seinem Zimmer stehen Pokale, über dem Schreibtisch hängt ein Poster mit Spielern. Nicht so sehr der Fußball an sich, vielmehr eigentlich das Verbandsleben, die unterschiedlichen Charaktere mit ihren sozialen Hintergründen, die Migrationserfahrungen, die die Mitspieler mitbringen, haben ihn zu dem Menschen gemacht, der er heute ist. Es kam vor, dass Mitspielern das Geld für die Sportsachen fehlte – dann wurde zusammengelegt, unterstützt; dann war der Verein da.

„Ich glaube, daher kommt das auch, dass böse Zungen im Verband mir schon mal vorwerfen, ich wäre eine linke Ratte. Ich habe, anders als viele, direkten Kontakt mit Leuten gehabt, die hatten kein Geld für ihre Sportsachen. Für uns im Verein war das nie ein Thema – es ist uns erst mit dreizehn, vierzehn, fünfzehn überhaupt aufgefallen und auch da haben wir nicht drüber gesprochen. Wir haben dann halt das Beste aus der Situation gemacht." Wenn Daniel erzählt, von seiner Zeit im Fußballverein, lehnt er sich vor und stützt die Unterarme auf die Knie. Er sieht mich an, manchmal wiederholt er sich, wenn ein Punkt wichtig ist. Er erzählt über Integration im Verband, über Mannschaftsgefühl, über gutes Fußballtraining und über Heimat. Ob er glaubt, dass Fußball wichtig für sein Gefühl von Heimat ist, möchte ich wissen. Die Antwort kommt spontan und die Stimme wird ein bisschen lauter: „Ja. Ja, auf jeden Fall. Auf jeden Fall. Das soziale Umfeld, das war zu drei Viertel immer die Mannschaft. Als Kinder haben wir uns getroffen, in den Ferien und am Wochenende, sind ins Freibad gefahren. Später war es dann eher so das Nightlife." Er hält kurz inne und lacht über seine eigene Wortwahl. „Wenn man das so nennen kann. Da haben die Älteren einen dann schon mal mitgenommen auf die Partys – da konnte es schon mal sein, dass du als 15-Jähriger mit den 18/19-Jährigen rumhingst. War natürlich cool."

Wenn Daniel von Fußballvereinen erzählt, von Mannschaftskabinen und vom sozialen Umfeld aus Mitspielern, wird man das Gefühl nicht los, dass sich etwas geändert hat. Er erzählt mit ein bisschen Abstand, ein bisschen Distanz und Reflexion von der Zeit im Verein, in der Kabine. „Ich glaube schon, dass die Politik mich verändert hat. Und das ist nicht überall gut angekommen. Viele haben sich distanziert, eine Zeit lang war ich in der Stufe sogar isoliert. Das hatte etwas zu tun mit einer veränderten Art, über Dinge zu sprechen, zu reflektieren, mich auszudrücken, glaube ich." Er denkt kurz nach. „Für die meisten war Politik ja nie ein Thema. Interessiert halt einfach nicht. Wenn dann da jemand ankommt, der sich damit beschäftigt, der das wichtig findet und vielleicht auch noch ein paar Wörter einwirft, die man nicht kennt … Schwierig." Er blickt kurz an die Wand hinter mir, hält inne, als würde er nachdenken. „Es war aber eine Veränderung zum Guten", sagt er schließlich sehr bestimmt. „Ich habe das Gefühl, ich bin mehr ich selbst, als ich das vor der Politik war. Das hat mir sehr geholfen, ich bin um einiges reifer geworden, als Person. Besonders durch die Leute, die ich kennengelernt habe. Und auch in der Schule habe ich dann ja einen neuen Freundeskreis gefunden."

Als ich frage, wieso es grade die Kommunalpolitik ist, in der er sich engagiert, lacht er kurz. Die sei greifbarer, erklärt er schließlich. Man habe ein Gefühl für die Dinge, die man umsetzen möchte. Er sucht ein paar Augenblicke nach Beispielen. Schließlich erzählt er, wie die beschlossene Förderung für Sportvereine bei seinem Fußballverein ankam. „Da kommen dann Leute auf dich zu und sagen dir, ja, das hast du gut gemacht. Das hat uns geholfen. Ist schon ein geiles Gefühl."

Eine Alternative zum Abitur?

Deutsche Schüler schwächeln laut der aktuellen PISA-Studie im Lesen, Rechnen und in den Naturwissenschaften, auch soll der Bildungserfolg eines Jugendlichen stark von der sozialen Herkunft abhängen. Dies steht im Gegensatz dazu, dass die Ausgaben pro Schüler im Primär- und Sekundärbereich seit dem Jahr 2000 um fast 65 Prozent angestiegen sind. Zusätzlich werden in unserer globalisierten Welt Kompetenzen wie kritisches Denken immer wichtiger. Ist das deutsche Bildungssystem mit dem Abitur nicht mehr zeitgemäß und soll auf eine komplett neue Bildungsform wie das IB gesetzt werden?

Das International Baccalaureate Diploma (IB) ist ein weltweit anerkannter Abschluss auf Englisch zur Hochschulberechtigung, welcher wie das deutsche Abitur in der 11. und 12. Klasse absolviert und mit Prüfungen am Ende der 12. Klasse erworben wird. In Deutschland kann das IB bislang an einigen privaten und öffentlichen Schulen, wobei das IB hier nicht allein unterrichtet werden kann, abgeschlossen werden. Das IB wird in sechs Fächern belegt, von denen drei Higher Level (HL) und drei Standard Level (SL) sind. Diese müssen mindestens zwei Sprachen, eine Gesellschaftswissenschaft, Mathematik und eine Naturwissenschaft sein. Verpflichtend ist auch, dass man einen naturwissenschaftlichen oder einen sprachlichen Schwerpunkt hat.

„... soll qualitativ einer Arbeit aus dem ersten Studiensemester entsprechen“

Um das ganze IB zu erhalten, müssen zudem noch drei weitere Komponenten erfüllt sein. Diese sind Theory of Knowledge (TOK), welches mit dem deutschen Philosophieunterricht vergleichbar und dessen Ziel es ist, den Schülern kritisches Denken beizubringen. Zweitens muss ein Extended Essay mit 4000 Wörtern verfasst werden. Dieser soll qualitativ einer Arbeit aus dem ersten Studiensemester entsprechen und so auch wissenschaftlich erarbeitet werden, häufig wird dieser mit der deutschen Facharbeit in Verbindung gebracht. Der letzte Pflichtteil ist CAS (Creativity, Activity, Service), was die Beteiligung an kreativen, sportlichen und sozialen Aktivitäten fordert, welche mit jeweils 50 Stunden erfüllt sind. Alle Prüfungen und Projekte werden zudem unabhängig von den lokalen Lehrern von der International Baccalaureate Organization überprüft.

Das IB soll bei der Bewerbung um einen Studienplatz, vor allem im Ausland, vorteilhaft sein, da dieser mit überdurchschnittlich viel Aufwand wie verschiedenen Laborprojekten und hoher akademischer Qualität verbunden wird. Auch ist es ein globales Programm, weswegen es den Universitäten leichterfällt, einen einheitlichen Abschluss zu vergleichen als verschiedene Diplome aus verschiedenen Ländern. Hierbei fällt jedoch auf, dass manche Universitäten diesen Abschluss nicht anerkennen. So müssen IB-Absolventen bei der Bewerbung um einen Studienplatz an der Universität St. Gallen Zusatzprüfungen ablegen. Einige Universitäten setzen zusätzlich konkrete Fächermodelle für den Beginn eines Studiums voraus und sehen Fächer wie Computer Science nicht als allgemeinbildend an.

„... aufgrund der hohen akademischen Anforderungen der Higher-Level-Kurse kann man sein Studium verkürzen“

Außerdem ist das IB in manchen Ländern weniger weit verbreitet als in anderen, weswegen sich die Vorteile des Abschlusses nicht bewahrheiten können. Auch das deutsche Abitur ist an vielen Universitäten sehr hoch angesehen, weswegen das IB nicht nötig ist. So ist man an der Universität Oxford mit einem Numerus clausus von 1,3 für viele Fächer qualifiziert, wobei nur die Leistungskurse vorgegeben sind und nicht wie beim IB die anderen Kurse und die jeweiligen Punktzahlen. Andererseits besteht vereinzelt die Möglichkeit, an Universitäten aufgrund der hohen akademischen Anforderungen in den Higher-Level-Kursen das Studium zu verkürzen, was sowohl Zeit als auch Geld spart und auch allgemein positiv auffällt. Zudem soll man im Laufe dieser zwei Jahre sehr gut auf die spätere Universitätszeit vorbereitet werden, da man sich z. B. selbstständig in Themen einarbeiten und diese wissenschaftlich betrachten muss. Dabei ist man gezwungen, sich zeitlich zu organisieren, da die Arbeitsmenge nicht zu unterschätzen ist, sodass man effiziente Lernmethoden entwickelt. Zudem verpasst man während der zwei Jahre die Gelegenheit, die letzte Zeit, in der man nicht besonders viel Verantwortung trägt, mit seinen Freunden zu genießen, bzw. kann dies nur begrenzt machen.

Ein anderes Argument für das IB ist, dass den Schülern Kreativität, kritisches und globales Denken übermittelt werden soll, was sich sowohl für die weitere akademische Karriere als auch für das Privatleben positiv auswirkt, da dies hilft, realistische Probleme zu lösen und Sachverhalte aus verschiedenen Perspektiven zu betrachten. Dies wird durch das interdisziplinäre Lernen, die besonderen Lern-

methoden und das breite Lernspektrum, welches aufgrund der Pflichtfächer nicht nur auf die Stärken abzielt, sondern auch anregt, sich mit seinen Schwächen auseinanderzusetzen, gefördert. Jedoch bietet nicht jede Schule alle wählbaren Fächer an, weswegen dies zu schlechteren Ergebnissen führen kann, wenn ungünstigere Fächer vertreten sind. Darüber hinaus ist nicht jede Schule in jeder Region vertreten, weswegen Schüler weiterreisen oder zu Schulen gehen müssen, die die eigenen Wünsche nicht erfüllen. Zudem kann es dazu kommen, dass man seine eigenen Interessen nicht weiterverfolgen kann, da man viele unterschiedliche Fächer hat und **der Arbeitsaufwand sehr hoch** ist, obwohl diese möglicherweise auch für das persönliche Wohlbefinden und die eigene Entwicklung gut wären. Beim Letzteren wird während der zwei Jahre auch viel Wert drauf gelegt, was dadurch erreicht wird, dass z. B. den Schülern nähergebracht wird, unabhängig Risiken einzugehen und Prinzipien zu haben. Dies hängt auch mit der Tatsache zusammen, dass z. B. CAS die Schüler verpflichtet, sich nicht nur in der Schule zu beteiligen, sondern sich beispielsweise sozial zu engagieren und so neue Erfahrungen zu machen, wodurch zudem die Empathie- und Teamfähigkeit gefördert wird. Eine Sache, die man auch nicht unterschätzen darf, ist, dass man weltweit mit Leuten, die das IB absolviert haben, direkt ein gemeinsames Thema hat, wodurch es einfacher fällt, mit diesen in Kontakt zu kommen.

„Das IB kostet je nach Land 14.000 bis 30.000 €“

Des Weiteren ist das IB auf Englisch, weswegen dies die Möglichkeit bietet, das eigene Englisch weiter zu optimieren. Jedoch schließt dies Schüler aus, die z. B. aus finanziellen Gründen nicht ins Ausland gehen konnten, um dort ihre Englischkenntnisse ausreichend zu verbessern, da für den Abschluss mindestens das Level B2 empfohlen wird. Hinzu kommt, dass auch das IB je nach Land 14.000 bis 30.000 € kostet und sich manche Haushalte dies nicht leisten können, obwohl hier auch verschiedene Stipendien angeboten werden. Ein anderer Nachteil des IBs ist, dass die entscheidenden Prüfungen, die 50–70 % der Abschlussnote ausmachen, erst am Ende sind, weswegen man die früheren Inhalte sehr gut verstanden haben muss, um in den Prüfungen Erfolg zu haben.

Ich gehe selbst auf eine Schule, die sowohl das deutsche Abitur als auch zusätzlich das IB anbietet. So musste auch ich mich entscheiden, ob ich das IB weiterverfolge, es ganz abbreche oder nur ein paar Fächer belege, um schlussendlich Zertifikate zu bekommen (Teil-IB).

Meiner Meinung nach ist das IB insgesamt eine sehr gute Bildungsmöglichkeit, die viele der Sachen umsetzt, die es verspricht, wie z. B. dass man durch das breite Lernspektrum verschiedene Perspektiven kennenlernt und kritisches Denken entwickelt. Dementsprechend kann es z. B. dabei helfen, Entscheidungen über den eigenen (Karriere-)Weg zu treffen. Jedoch weiß ich persönlich genau, was ich in Zukunft machen will, und möchte so die Zeit und Energie haben, meine Fähigkeiten durch Wettbewerbe und außerschulische Aktivitäten weiter zu vertiefen. Dies hat für mich nämlich einen größeren Wert als ein Abschluss, der mich allgemein weiterbildet, was mir aber auch das Abitur bietet. Zudem finde ich, dass man durch die Belegung von ein paar Fächern, wie ich dies nun tue, viele der Vorteile erwirbt und so nicht verpflichtet ist, die anderen Komponenten zu erfüllen.

Bildnachweis: stock.adobe.com

Anna Konietzko (16) geht auf eine Schule in Essen, die das Abitur und das IB anbietet. Dabei musste sie die Entscheidung treffen, ob sie beide Abschlüsse macht, und hat sich so intensiv mit den verschiedenen Vor- und Nachteilen beschäftigt. Ihr erreicht sie unter: **ankonietzko@gmail.com**

Von Lehrermangel, Digitalisierung und Zukunftsvisionen

13

Felix Ohswald ist Co-Founder und CEO der digitalen Nachhilfeplattform GoStudent. Hier können Schüler online Nachhilfe nehmen – per Videochat und Screensharing bei Tutoren aus Deutschland, Österreich und der Schweiz. Zwischen 12 und 14 Euro verdienen die Tutoren in einer 50-minütigen Einheit.

Das Start-up hat der 24-jährige Wiener im Januar 2016 gemeinsam mit Gregor Müller (COO & Co-Founder), Stephen Horvath (CTO) und seinem jüngeren Bruder Moritz gegründet. Heute hat das junge Unternehmen bereits 500.000 aktive Nutzer und 30 feste Mitarbeiter. Mit 14 besuchte Felix schulbegleitend erste Mathematikvorlesungen in Wien, später schloss sich ein Mathestudium in Cambridge an.

Lina Wolters hat sich mit ihm über sein Unternehmen, seine Ideen und die Bildung der Zukunft unterhalten.

Hallo Felix, magst du dich vielleicht einmal vorstellen?

FO: Ich, also Felix Ohswald, habe vor vier Jahren die Firma GoStudent gegründet. Die Entstehungsgeschichte hat eigentlich schon in meiner eigenen Schulzeit begonnen. Ich habe damals festgestellt, dass guter Unterricht stark davon abhängig ist, wie gut deine Lehrerinnen und Lehrer den Unterricht abhalten. Wenn ich gute Lehrer habe, die enthusiastisch sind und voller Freude ihr Fach den Schülern beibringen möchten, dann findet guter Unterricht statt. Wenn die Lehrer diesen Enthusiasmus aber nicht versprühen, dann interessiert das die Kinder meist ziemlich wenig und die haben dann auch oft Schwierigkeiten in dem Schulfach. Und mit GoStudent wollen wir genau das erreichen: Wir wollen Schülerinnen und Schüler zwischen 6 und 19 mit weltklasse Lehrern verbinden. Das passiert nicht offline im selben Klassenzimmer, sondern virtuell über Videotelefonie. So betreuen wir Schüler, Eltern und die Lehrer langfristig – bis die Schüler dann erfolgreich die Schule abschließen.

Die Beobachtung habe ich tatsächlich auch gemacht!

Wie sah denn konkret dein Weg zur Gründung aus?

FO: Ich selber habe damals aus Langeweile schon sehr früh mit dem Studium begonnen. Während der Schule habe ich Mathematikvorlesungen besucht und dann auch sehr früh das Bachelorstudium abgeschlossen, bin dann für zwei Jahre ins Ausland: erst nach Cambridge und dann in die Schweiz. Als ich damals in der Schweiz studiert habe, habe ich parallel meinem Bruder immer wieder auch virtuellen Nachhilfeunterricht gegeben. Da haben wir gesehen, dass das ganz gut funktioniert. Er hat dann auch seinen Klassenkameraden davon erzählt und die habe ich dann auch teilweise über Videotelefonie oder über den WhatsApp-Chat unterrichtet. So ist eigentlich die zündende Idee gekommen: Wir müssen das jetzt in die Praxis umsetzen, wir müssen eine Firma daraus machen und wir müssen Schülern einen Zugang zu Toplehrern ermöglichen. Das ist jetzt vier Jahre her. Das Projekt habe ich dann mit einem Studienkollegen und einem ehemaligen Schulbekannten von mir umgesetzt – teils mit eigenem Geld und teils mit Geld von Investoren. Das war dann anfangs eher wenig erfolgreich: Die ersten zwei Jahre haben wir einen Service aufgebaut, bei dem Schüler in einem Chat-Format Fragen stellen konnten und diese Fragen dann von anderen Schülern und Lehrern beantwortet wurden. Wir haben da eine Community von knapp einer halben Million Schülern in Deutschland und Österreich aufgebaut, das Problem an dem Service war aber immer die Monetarisierung. Es gab

Bildnachweis: stock.adobe.com

zwar viele Nutzer, aber niemand war bereit, für Chat-Unterstützung Geld auszugeben. Du kennst es vielleicht selber, du hast vielleicht mal bei einer Schulrecherche die Seite gutefrage.net gesehen.

Ja natürlich, aber ich würde nicht Geld dafür ausgeben.

FO: Du würdest ja auch kein Geld dafür ausgeben, einen Mitschüler um Hilfe zu fragen. Das ist auch der Grund dafür, dass die Chat-Version kostenlos zwar gut angekommen ist, wir aber keine Gewinne erzielt haben. Dann haben wir uns auf die Eltern konzentriert und 2018 das Modell angepasst. Mittlerweile bieten wir maßgeschneiderten und langfristig sehr guten Nachhilfeunterricht an, bis du dann auch die Schule erfolgreich abschließt.

Bei dem Erfolg hat doch mit Sicherheit auch der Unterschied zwischen Individual- und Frontalunterricht eine Rolle gespielt, oder? Ist das vielleicht auch die Zukunft?

FO: Ich denke, es muss eine Kombination sein, Frontalunterricht hört sich immer sehr negativ an. Ein exzellenter Lehrer kann von 20 bis 100 Schüler jede Klasse unterrichten, wenn er es schafft, das Thema enthusiastisch zu präsentieren. Aber wenn es dann darum geht, Übungen zu machen oder sich auf eine Klausur vorzubereiten, dann ist es hilfreich, die Themen noch einmal detailliert im Individualformat durchzugehen. Ich glaube, dass es in der Zukunft auch eine Kombination geben wird. Da wird es die weltklasse Lehrer geben, die ein bestimmtes Thema an eine große Gruppe vermitteln, und dann gibt es für die Schüler mit spezielleren Fragen auch noch den abrufbaren Einzelunterricht, der ihnen weiterhilft.

Siehst du denn Digitalisierung und eventuell die Entbindung von der Schulpflicht hin zur Bildungspflicht als einen geeigneten Weg der Zukunft?

FO: Nein, eher weniger, denn ich empfand in meiner Schulzeit auch die soziale Komponente immer als eines der wichtigsten Dinge. Du sitzt in einer Schulklasse mit 25 ganz verschiedenen Persönlichkeiten und du musst klarkommen mit Leuten, die du nicht magst, dich durchkämpfen. Es bilden sich Gruppen und es bilden sich Freundschaften – teilweise auch solche, die du in 70 Jahren noch haben wirst. Das bereitet dich eigentlich perfekt auf das spätere Leben vor, denn wenn du mit der Schule abschließt und beginnst, bei einer Firma zu arbeiten, bist du in genau dem gleichen Szenario. Du kannst dir die Kollegen nicht aussuchen, es gibt ganz verschiedene Persönlichkeiten und du musst versuchen, dort mit sozialer Intelligenz Beziehungen aufzubauen und auch in der Lage zu sein, Probleme oder Missstände sozial verträglich zu kommunizieren. Dieses soziale Gefüge ist in meinen Augen ein ganz wichtiger Bestandteil der Schule, deswegen wäre es katastrophal, wenn plötzlich alle Schüler zu Hause unterrichtet werden.

Wie lässt sich das Problem des Lehrermangels lösen?

FO: Unser Modell gegen den Lehrermangel kommt aus China. Dort hat man das ganz normale Klassenzimmer, in das die Schüler kommen, und dann ist statt der Tafel eine große Leinwand vorhanden. Darauf sehen die Schüler einen Lehrer, der entsprechend gut qualifiziert ist, aber eben in einer anderen Stadt sitzt. Der Lehrer gibt dann über einen Livestream den Unterricht – in der Klasse vor Ort ist noch ein weiterer Lehrer anwesend, der schaut, dass alles geregelt abläuft. Das ist aber kein Fachlehrer, sondern er ist primär für das Klassenmanagement zuständig. Das Modell wird in China schon an einigen Schulen angewendet.

Sehr spannendes Modell! Warum sind wir denn so undigital in der Schule?

FO: Der Grund, warum generell in dem Bereich alles etwas langwieriger voranschreitet, ist einfach der große bürokratische Apparat, besonders in Deutschland und Österreich. Sagen wir, du bist ab morgen die neue Bildungsministerin und möchtest alle deine Anliegen sofort durchsetzen. Du wirst sehr schnell feststellen, dass du das nicht machen kannst. Es gibt zu viele Entscheidungsprozesse, die extrem lange dauern. Und gerade bei der Bildung haben die Leute auch immer Angst, etwas zu verändern, vor allem die Angst vor Fehlern ist sehr groß. Was das Internet und die Infrastruktur betrifft: Das muss man einfach in den Griff kriegen, sodass ein modernes Land wie Deutschland auch

überall flächendeckend Internet hat. Es stimmt aber nur zum Teil, dass die Schulen nicht digital sind. Bestimmt 90 % der Schüler in deinem Kurs haben ein Smartphone, da wird sich erst mal nichts verändern, wenn man jedem noch ein Tablet in die Hand drückt. Guter Unterricht hängt am Ende des Tages immer noch von der Person, die ihn erteilt, ab. Wenn du eine Lehrkraft hast, die sich unwohl fühlt, vor einer Klasse von 20 bis 30 Kindern zu sprechen, wird das natürlich schwierig. Davon gibt es erschreckend viele, denn die haben Lehramt studiert und kommen erst danach in eine Schulklasse, dann werden die lebendig aufgefressen. Wenn du aber einen Lehrer hast, der ein gutes und sicheres Auftreten hat, dann kann er den Stoff auch ohne Tablets für jeden Schüler gut vermitteln und einen coolen Unterricht machen. Der kann dann auch die Smartphones der Schüler integrieren, wenn er eine Idee dafür hat. Das Geld sollte also weniger in Tablets als in die Ausbildung großartiger Lehrer investiert werden.

Jetzt haben wir viel über Probleme gesprochen, aber was ist denn deine Vision für die Bildung der Zukunft und welche Rolle spielt dein Unternehmen dabei?

FO: Also für uns als Firma haben wir die Mission, eine globale Schule aufzubauen, die den Schüler mit den besten Lehrkräften verbindet. Wir wollen diesen Zugang so kostengünstig, nachhaltig und langfristig wie möglich gestalten. Und wir wollen uns auch weiter ausbreiten, wir wollen auch die 0–6-Jährigen mit aufnehmen. Für das Bildungssystem stelle ich mir die Zukunft so vor, dass man in den nächsten Jahren versteht, dass der Unterricht von den Lehrern abhängt, und dass man Investitionen tätigt, um zukünftig die weltbesten Lehrer auszubilden. Die Länder, die Bildung verstaatlicht haben, sollten enger mit Unternehmen wie unserem zusammenarbeiten, um zum Beispiel die Lehrerausbildung zukunftsfit zu machen. Wir wissen aufgrund unserer Erfahrung und Plattform genau, was einen guten Lehrer ausmacht und welcher Lehrer zu welchem Schüler passt. Diese Information mit dem Staat zu teilen, da sehe ich unsere Rolle in der Zukunft.

Danke für deine Zeit und Mühe!

FO: Sehr gern!

Lina Wolters (16) ist Schülerin und Nachhilfeschülerin. Sie macht außerdem die Organisation für die JuLis Kreis Unna. Ihr erreicht sie unter: **linawolters@icloud.com**

14

Leistung unerwünscht?

Nathalie Heider-Hönatsch (32) ist Biochemikerin, promoviert an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn in experimenteller Medizin, ist stellvertretende Kreisvorsitzende der JuLis Rhein-Sieg für Programmatik und im Bundesfachausschuss für Bildung, Forschung und Technologie der FDP. Ihr erreicht sie unter: **nathalie.heider-hoenatsch@ukbonn.de**

Bildnachweis: stock.adobe.com

Wir fordern weltbeste Bildung für Deutschland – aber sind in unserem akademischen Bildungssystem die Strategien wirklich zielführend und effizient?

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung hat mit seiner Exzellenzstrategie und weiteren Förderungsprojekten wie dem Pakt für Forschung und Innovation erfolgreiche Initiativen für die Wissenschaft durchgesetzt. Hierbei soll nicht nur Spitzenforschung gefördert werden, sondern auch explizit der wissenschaftliche Nachwuchs. Einen besonderen Stellenwert dabei nimmt die Chancengleichheit ein, wobei gleichstellungsfördernde sowie familienfreundliche Maßnahmen getroffen werden sollen. Hierzu gehört beispielsweise das Kaskadenmodell, mit dem sichergestellt werden soll, dass der Frauenanteil jeder wissenschaftlichen Karrierestufe mindestens genauso hoch ist wie der der darunter liegenden Qualifikationsphase. Denn bis zum Abschluss der Promotion ist der Frauenanteil etwa genauso hoch wie der von Männern. Dies ändert sich danach jedoch rapide: Nicht einmal jeder vierte Lehrstuhl wird von einer Professorin geleitet.

Bitte nur die Besten!

Die Karrierewege in der Wissenschaft sind in Deutschland kaum planbar, wenig transparent und attraktiv. Zu den fast ausnahmslos befristeten Arbeitsverträgen (oftmals sogar unter einem Jahr) kommt noch eine Bezahlung hinzu, die je nach Arbeitsaufwand gerne mal deutlich unter den Mindestlohn fällt – oder gar ganz ausbleibt! Aus eigener Erfahrung kann ich von jungen Wissenschaftlern berichten, die ihre Dissertation auf Arbeitslosengeld zusammenschreiben mussten, da sie keine Vertragsverlängerung bekommen haben. Leistung muss sich wieder lohnen. Das gilt besonders für das akademische Bildungssystem.

Während das Wissenschaftszeitvertragsgesetz eigentlich die Befristung wissenschaftlicher Mitarbeiter auf 12 Jahre begrenzen soll, sieht die Realität leider so aus, dass nach Ablauf dieser Zeit die gesamte Ausbildung ins Nichts zu laufen droht. Zwar werden Junior-Professorenstellen zunehmend gefördert, bis dahin muss man (Frau) es jedoch erst einmal schaffen. Eine wesentliche Schwierigkeit dabei ist, dass sich zu den wenigen Lehrstühlen keine Alternative in der akademischen Forschung eröffnet. Zwischen Doktorgrad und Professur mangelt es an einem sicheren und planbaren Karriereabschnitt. Stattdessen gibt es fast hauptsächlich die befristeten, deutlich geringer als in der Industrie bezahlten Post-Doc-Stellen, welche nach den besagten 12 Jahren im Zweifel in der Arbeitslosigkeit enden. Bei solch einer Situation, mit Berücksichtigung der langen Ausbildungszeit, ist es leicht verständlich, dass insbesondere Frauen sich für eine Karriere außerhalb der akademischen Forschung und Lehre entscheiden. Und da wundert sich noch jemand über den in Deutschland aktuell immer noch fortbestehenden „Brain-Drain“?

Freies Denken durch bessere Strukturen

In Deutschland bewirbt man sich für eine Promotion in der Regel bei einem einzelnen Professor. Das kann eine tolle Bindung schaffen, aber eben auch eine große Abhängigkeit. Es ist keine Seltenheit, dass sich die Arbeitszeit für die Promotion statt des ursprünglichen Dreijahresvertrags um ein Vielfaches verlängert.

Durch ein effizienteres Bildungs- und Qualifikationssystem lässt sich viel Zeit sparen. Für die Wettbewerbsfähigkeit, aber insbesondere auch für die Gleichstellung, wäre das in jedem Fall der richtige Schritt in Richtung einer hohen wissenschaftlichen Qualität. Positive Beispiele dafür gibt es bereits. Hier ist u. a. das wissenschaftliche System in Großbritannien zu nennen, wo bereits ein Übergang vom Bachelor in die Promotion möglich ist und es feste Karrierestufen zwischen Promotion und Professur gibt. Ebenso sei das amerikanische Bildungssystem genannt, in dem die Qualifikation zur Habilitation bereits während der Promotionsphase erlangt wird.

Um den Brain-Drain noch aufzuhalten und zu verhindern, dass weiterhin so viele motivierte und talentierte Nachwuchsforscher das Land aufgrund deutlich besserer Chancen und Förderungen im Ausland verlassen, ist es dringend an der Zeit, die Strukturen im akademischen Bildungssystem weiterzuentwickeln. Eine erfolgreiche Umsetzung dessen verhindert bedeutenden ökonomischen Schaden, bringt mehr Wohlstand ins Land und einhergehend eine zufriedenere Bevölkerung.

THEODOR HEUSS AKADEMIE

Friedrich Naumann Stiftung
Für die Freiheit.

Willkommen auf dem #zauberberg

Veranstaltungsprogramm 2019

Wie entwickle ich meine Meinung?

Fachpolitische Seminare und Kongresse

Wie entwickle ich die richtige Strategie?

Workshops für politische Teams als Bestsellseminar

Wie vertrete ich meine Meinung?

Einsteiger- und Profitrainings für Meinungsbildner/innen: Rhetorik, politische Kommunikation und politisches Management

Was gibt es Neues auf dem #zauberberg?

Newsletter unter: **freiheit.org** abonieren!

Jetzt anmelden unter: tha.freiheit.org

Ansprechpartner: Herr Michael Postel
Theodor-Heuss-Akademie
Telefon +49 2261 3002-113
E-Mail michael.postel@freiheit.org

freiheit.org

Endlich eine Brücke

Felix Keune und seine Vision für die Kommunalwahl

15

„Das da war meine Schule.“ Ich schaue etwas verwundert über den Fluss. Nebelschwaden liegen auf dem Wasser, das Sonnenlicht lässt den Raureif auf den Bäumen weiß leuchten. Ich blicke nach rechts und links: Wiesen, Bäume, ein Kiesweg. Keine Brücke. Felix zeigt auf die kleine Fähre, die grade am anderen Ufer ablegt. „Die fuhr drei Mal morgens und dann nach jeder Stunde einmal. Wenn man die letzte Fähre morgens verpasst hatte, musste man halt die Stunde warten.“ Hinter dem Fähranleger schält sich auf der Rheininsel ein Gebäude aus dem Nebel, das fast ein bisschen an ein Schloss erinnert. Das Gymnasium ist privat, „aber gebührenfrei!“, wie Felix betont. Es liegt knapp hinter der Grenze zu Rheinland-Pfalz – in der Grenzregion hier geht Bildungsföderalismus auf. Um die 700 Schüler besuchen das ehemalige Mädcheninternat, um die 700 Schüler tragen zwei kleine Fährboote auf beiden Rheinseiten also jeden Morgen und jeden Nachmittag über den Rhein. „Offiziell hat das Kapazitäten für 150 Personen.“ Felix lacht ein bisschen. „Das geht also gar nicht auf. Zu Stoßzeiten waren wir meistens mehr.“

Als wir durch das beschauliche Dorf Rheinbreitbach knapp hinter der Landesgrenze fahren, in dem Felix die ersten Jahre seines Lebens verbracht hat, zeigt er immer wieder lebhaft aus dem Fenster. „Guck mal, da hatte ich mein erstes Sparbuch!“ Ich muss ein bisschen lachen, als ich die kleine Filiale der Volksbank sehe, die mitten im Dorfkern steht. Ich schaue Felix von der Seite an, auch der lächelt. „Klingt ziemlich konservativ, oder? Aber so war das hier halt.“ Mittlerweile hat Felix kein Sparbuch mehr, das wurde ihm von Draghis Niedrigzinspolitik verdorben. Stattdessen ist er auf ETF-Sparpläne umgestiegen – die sind zukunftstauglicher. Als wir weiterfahren, sehe ich, was er mit konservativ meint. Geduckte Fachwerkhäuser an beiden Straßenseiten, „Bäckerei“ lese ich in altdeutscher Schrift auf einem von ihnen. Die Fenster sind von innen zugeklebt, die weiße Fassade leicht vergilbt. Es ist kurz nach zwölf, als wir durch den Ort fahren, ein paar Schulkinder sind schon auf dem Weg nach Hause, sonst sind die Straßen leer. Ein Schild verspricht einen Lidl in einigen hundert Metern. „Wir sind umgezogen, als ich sechs war – trotzdem fühle ich mich hier noch wirklich zu Hause. Man kennt ja hier trotzdem noch viele Leute, grade aus Schulzeiten.“

„Wenn ich zur Kirche gehe, dann da vorne“ – er zeigt aus dem Fenster –, „wo ich auch meine Kommunion hatte.“ Ich will wissen, wie eng sein Verhältnis zur Kirche ist, aber Felix wiegt unschlüssig den Kopf. Er gehe schon, sagt er. „Aus Gewohnheit?“, hake ich nach und frage mich sofort danach, ob die Frage nicht vielleicht ein bisschen zu tief geht. Darf man einfach so nach Glauben fragen? Scheinbar darf man – Felix antwortet ausführlich und sehr ruhig. „Nein. Ich glaube an Gott und ziehe da auch große Kraft draus. Deswegen bin ich auch gerne in der Kirche, gerne bei Gottesdiensten. Aber nicht mit großer Regelmäßigkeit.“ Am Heiligabend gehe er aus Prinzip nicht – das machen ja alle. Lieber am dritten Advent. Er lacht, während wir weiterfahren, vorbei an einem Autohaus, das seit Jahren das gleiche Angebot der Woche präsentiert, und hoch zum Aussichtspunkt auf einer alten Vulkanruine. Wenn ich schon extra anreise, erklärt Felix, soll ich auch sehen, wie schön die Stadt ist. Er ist stolz auf die Heimat – und das nicht ohne Grund.

Er tritt an das Eisengeländer und schaut in den Abgrund. Wenn man die Augen ein bisschen zusammenkneift, kann man sich einbilden, unten Menschen zu erkennen. Die Luft ist klar und schneidend kalt, der Himmel strahlt blau und unten durchtrennt der Rhein das Tal als schimmerndes Band. Rechts und links laufen Bahnschienen, Straßen. Felix versinkt nicht lange im Anblick, er kennt ihn. Früher war er oft hier oben, um mit seinem Vater Drachen steigen zu lassen. Er sucht kurz und zeigt mir dann zwei Türme, die unten am Rhein stehen und mich im ersten Moment an eine Burg erinnern – Überreste der alten Rheinbrücke. Sein Geburtstag fällt jedes Jahr mit dem Tag des Einsturzes zusammen, der damals das Ende des Zweiten Weltkriegs beschleunigte. „Wir brauchen hier wieder eine Brücke – dringend. Die Menschen fahren solche Umwege, zahlen die Fähre; das ist wirklich nervig. Vor allem nachts ist ein Fortkommen fast unmöglich. Wir haben hier ja auch viele jüngere Leute, auch wenn man das um die Mittagszeit herum nicht so sieht, für die ist natürlich auch eine gute Anbindung nachts und am Wochenende enorm wichtig.“

„Das war damals immer ein Problem, wenn meine Freunde zum Beispiel ihre Geburtstage auf der anderen Rheinseite gefeiert haben.“ Auf der einen Seite des Rheins kann ich einen Supermarkt erkennen, auf der anderen stehen Häuser, Wohngebiete. Wenn man sich ein Boot zulegen würde, hätte man einen Supermarkt in direkter Nähe – oder wenn sich jemand dazu durchringen würde, eine Brücke zu bauen. Die Grünen sperren sich, erzählt Felix, nicht ohne ein bisschen Ärger durchklingen zu lassen. Er zieht die Augenbrauen zusammen. Die Sorge um zu viel Verkehr werde aufgeführt, da sei es natürlich besser, die Menschen kilometerlange Umwege fahren zu lassen. Der Sarkasmus kommt durch, auch wenn er jetzt wieder kurz lacht. „Ich setze mich ja schon länger für die Brücke ein, der eine oder andere wird es vielleicht mitbekommen haben.“ Ein Grinsen. Eigentlich machen aber genau solche Probleme den Reiz der Kommunalpolitik aus, stellt Felix klar, während wir das Geländer ablaufen. Der Pfad ist schlammig, Felix Turnschuhe weiß. Es stört ihn nicht und irgendwie bleiben die Schuhe sauber.

Die Probleme auf kommunaler Ebene, erklärt er, sind nicht unfassbar abstrakt, sondern berühren direkt die Lebenswirklichkeit

der Menschen vor Ort. Die seiner Schulfreunde, der älteren Generation, aber vor allem auch die der vielen jüngeren Menschen hier, die sich hier eine Existenz aufbauen wollen und dafür die richtigen Rahmenbedingungen brauchen. Das gefällt ihm, das treibt ihn an. Wer eine Brücke bauen möchte, damit man beim Samstagseinkauf fünf Kilometer Weg spart oder nachts vom Feiern noch nach Hause kommt, ohne den Umweg über Bonn nehmen zu müssen, der holt Wähler ab. „Es ist wichtig, für die Menschen hier Problemlöser zu sein, anstatt große Reden zur Lage der Nation zu schwingen. Die großen Herausforderungen der Weltpolitik lassen natürlich auch die Menschen im Dorf nicht kalt. Aber wenn man die Welt vor Ort ein bisschen besser macht, macht man schließlich auch Weltpolitik, nur eben für die kleine Welt hier“, sagt Felix mit einem leichten Zwinkern.

Wir fahren weiter in die Nachbarstadt Bad Honnef, da wo Felix jetzt wohnt. Die Menschen hier sitzen mittags im Café und essen Kuchen. Felix stößt die Tür auf, in der Vitrine des kleinen Cafés reihen sich Sahnetorten aneinander. Mit unserem Eintreten sinkt der Altersschnitt wahrscheinlich immens – klar, wer um zwölf unter der Woche im Café sitzt, ist wohl Rentner, wenn nicht Student. Wir nehmen einen kleinen Tisch in der hinteren Ecke, die Luft riecht nach Kaffee und einem süßlichen Parfüm. Es ist angenehm warm und Felix zieht seinen Schal aus. Er lehnt seinen Kopf gegen die Wand hinter sich und streckt die Beine aus; über ihm hängen Kuchenformen, dekorativ verteilt. Sonntags holt seine Familie hier gerne mal Torte, erzählt er, oder er kommt zum Kaffeetrinken vorbei wie heute. Man sieht, dass er sich wohlfühlt; obwohl ihn ein halbes Jahrhundert von den übrigen Besuchern trennt, scheint er ein wenig hier hinzugehören. Vom Nachbartisch höre ich Fetzen des Gesprächs, wenn jemand die Stimme ein bisschen hebt. Man redet über Kultur, ein Museum, auch über die Reise nach Italien im letzten Sommer. Nett war es, wenn auch ein bisschen beschwerlich mit den Knien. Ist ja immer das Gleiche. Ich schmunzle und nehme einen Schluck Kakao.

Als wir durch die Innenstadt laufen, begegnet uns die gleiche Klientel, ein bisschen liegt es wohl auch an der Mittagszeit. Man läuft von Schaufenster zu Schaufenster, bleibt immer wieder stehen, unterhält sich. „Ein ansprechendes Zentrum ist natürlich superwichtig, grade für diejenigen, die nicht mehr so mobil sind. Man könnte hier noch viel mehr draus machen, das hat noch viel mehr Potenzial.“ Er wirft einen kurzen Blick nach links: „Ich würde hier jetzt nicht unbedingt einkaufen, aber für die Stadt sind die vielen kleinen Boutiquen natürlich so auch schon ein Gewinn.“ Im Schaufenster zur Linken liegen kamelfarbene Hosenanzüge. Wirklich nicht unbedingt Felix Stil, aber die zwei Damen neben uns scheinen durchaus interessiert. An den Hosenanzügen. „Was fehlt, ist ein Vollsortimenter. Wir haben zwar Bäckereien und Metzger, aber die restlichen Lebensmittel sind ein bisschen schwerer zu bekommen, wenn man nicht selber Auto fahren möchte.“ Ich erinnere mich, der Supermarkt liegt auf der anderen Rheinseite. Felix bleibt vor dem Schaufenster eines Buchladens stehen. Ob ich das neue Buch von Houellebecq gelesen habe, fragt er, während er die Titel überfliegt. Empfehlen würde er es nicht, zu dystopisch und pessimistisch. Es passe nicht wirklich zur rheinischen Lebensfreude, die man hier spürt. Er kauft gerne in kleineren Buchläden ein, lieber als über Amazon. Man müsse die Bücher zwar selber abholen, sie seien aber auch meistens am nächsten Tag schon da – und die Buchläden könnten die Unterstützung gut gebrauchen. Eine staatliche Subventionierung lehnt er klar ab, dafür läuft er aber gerne ein paar Meter zu Fuß. Das sei schließlich auch „der Markt“.

Wir fahren zum Abschluss noch am Fähranleger vorbei – der kürzeste Weg über den Rhein. Drei Autos stehen am Ufer und warten. Das kleine Boot stemmt sich heftig gegen die Strömung in der Flussmitte, kommt nur langsam voran. Die Autos warten weiter, während es sich näherkämpft und langsam, aber sicher Kurs auf den Anleger nimmt. Meter für Meter schiebt es sich heran. 2,80€ kostet die Überfahrt – nicht die Welt, aber wer am Tag zwei Mal hin- und zurückmuss, merkt das Geld genauso wie den Zeitverlust. Felix mag den Rhein, er gehört zur Heimat und macht viel von dem Charme aus, den die Stadt mit ihren Weinbergen und hohen Felsen verbreitet. Nur eine Brücke – eine Brücke soll endlich her. Dafür tritt er schließlich an.

DKV

Mein Gesundheitstipp:

Vorteile clever kombinieren. Gesetzlich versichert – privat behandelt.

BestMed Kombitarife zur GKV.
Zusatzversicherung für gesetzlich Versicherte.

Einfach anrufen:
0179 4691889

Alle DKV-Produkte gibt es auch bei:
Sebastian T. Stachelhaus
www.ergo-stachelhaus.de
0179 4691889
Alte Rather Str. 108, 47802 Krefeld

Der Gesundheitsversicherer der ERGO

Ich vertrau der DKV

Ich freue mich, wenn du in meinen Podcast „Europa, wir müssen reden“ reinhörst. Du findest ihn auf Spotify, Apple Podcast und auch auf YouTube. Für die verschiedenen Portale scann einfach einen der QR-Codes hier unten!

Ich wünsche dir viel Spaß beim Hören!

Moritz

Moritz Körner MdEP
Mitglied im Präsidium der FDP

Innen- und haushaltpolitischer Sprecher der FDP
im Europäischen Parlament

Apple Spotify Youtube

@ Renew Europe 2020